

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Novartis: 2000 Jobs gekillt für 5% mehr Profit. Seite 6**



# #Genug!

## Abgänger

Bundesrat Schneider-Ammann geht. Was bleibt? Seite 2



## Brandstifter

Büezer haben genug von den Provokationen der Baumeister. Seite 3

## Chaos-Macher



So stressen die Self-scanning-Kassen die Verkäuferinnen. Seite 5

# Hire & fire

Was Sie sich alles (nicht) gefallen lassen müssen. Der grosse work-Ratgeber. Seiten 12-13

- 20 000 Menschen für Lohngleichheit auf der Strasse: **Die Bilder.**
- Die Patriarchen heulen und greifen das Bundesamt für Statistik an.
- Der zweite Frauenstreik kommt sogleich. Seiten 8-11



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

**OBEN OHNE**

Die junge Frau mit dem «Vulva»-Schriftzug auf der Brust stand einfach da. Und erhob ihre Faust. Auf ihrem selbstgemalten Plakat stand: «Das Geld kennt kein Geschlecht.» An die 20 000-Menschen-Demo war sie gekommen, weil es jetzt reicht, weil es Lohnungleichheit braucht. Als Minimum! Neben ihr tanzten sechs

**Selbst ist die Frau.**

barbusige Girls, sie lachten und strahlten vor Lebensfreude.

Und verlangten nichts weniger als das «Ende der Schnäbeldiktatur» (Seiten 8–11). Es war keine geplante Aktion, sie hatten sich nicht einmal gekannt vorher. Doch Mut und Leichtigkeit sind ansteckend: «Es war extrem schön, befreiend und verbindend», sagte eine von ihnen.

**MARIANNE UND HANNAH.** Oben ohne protestierte schon die Marianne, die französische Helvetia. Auf dem Gemälde von Eugène Delacroix, auf dem sie das Volk mit wehendem Busen in die Julirevolution von 1830 führt. Sie ist göttlich, und sie ist so frei, sich von Normen und Obrigkeit zu befreien. Wie Hannah Weitemeier. Ihre Obrigkeit war der Frankfurter Philosophie- und Soziologieprofessor Theodor W. Adorno. Radikal in seiner Theorie, in der politischen Praxis aber nicht so sehr. Als er 1969 den Hörsaal betritt, kommt ihm die Studentin entgegen. Sie trägt eine Jacke, aber nichts darunter. Die Aktion geht als «Busenattentat» in die Geschichte der feministischen Protestkultur ein.

**KÖRPER UND POLITIK.** Körperpolitik ist eng mit der Frauenbefreiungsbewegung verbunden. Sie ist ein grundlegendes Moment der Emanzipation: «Mein Körper gehört mir!» Selbst ist die Frau. Dazu gehört auch die Idee, den nackten Körper als Waffe einzusetzen. So, wie dies die Femen-Frauen tun, diese feministische Protestgruppe, die aus der Ukraine kommt. Oben ohne protestieren sie gegen Sextourismus, häusliche Gewalt, Kinderpornographie und: gegen Wladimir Putin. Ihre Parolen schreiben sie sich auf ihre Brüste, Sextremismus nennen sie das. Dicke Schlagzeilen sind ihnen sicher, aber auch dicke Kritik: Wer erinnert sich schon an Parolen, wenn er blutige Brüste sieht? Zementierung des männlichen Blicks. Andererseits: Was kann frau nach 37 Jahren Lohnungleichheit trotz Diskriminierungsverbot in der Bundesverfassung noch tun, um sich Gehör zu verschaffen? Wenn gleichzeitig die Neandertaler von FDP und SVP und ihre Journalisten versuchen, die Lohndiskriminierung zu leugnen (Seite 11).

**Bundesrat Johann Schneider-Ammann geht Raus aus diesem Zirkus**

**Abgeschossen wurde Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann durch Feuer aus den eigenen Reihen. Denn der paternalistische Patron stand für den alten Kapitalismus.**

OLIVER FAHRNI

Jetzt hat er es hinter sich. Das Bündeli ist abgeworfen. Bald kann er wieder der «Schneider Hannes» sein oder «Herr Ammann», wie man ihn in Langenthal BE nennt, der «Herr Oberst», einer der reichsten Männer im Kanton. Als Johann Schneider-Ammann seinen Rücktritt kundtat, gewürzt mit (diesmal freiwilligen) Pointen, schien er zu sagen: «Karrt euren Mist doch alleine.»

Zuletzt hatte Schneider-Ammann sich noch in einen ausweglosen Streit mit den Gewerkschaften über die flankierenden Massnahmen (FlaM) verheddert. Sein Departement wollte den Lohn- und Sozialschutz in der Schweiz abreißen. Das war ein Bruch mit dem sozialen Kompromiss. Indiskutabel. Doch nicht die scharfe Rückweisung durch SGB-Präsident Paul Rechsteiner gab dem Wirtschaftsminister den Rest. Abgeschossen wurde Schneider-Ammann durch Feuer aus den eigenen Reihen.

**UNTER DRUCK**

Am Drücker ist sein Generalsekretär Stefan Brupbacher. Der hartköpfige neoliberaler Scharfmacher beriet früher den Wirtschaftsdachverband Economie-suisse, dann Novartis-CEO Daniel Vassella. Nach 2008 richtete er die angeschlagene FDP auf stramm rechtem Kurs neu aus. Dann setzte ihn die Partei 2014 als Aufpasser in Schneider-Ammanns Departement. Denn der Wirtschaftsminister hatte die (vorsichtige) Bankenregulierung durch BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf nicht verhindert, in der ersten Frankenkrisis 2011 ein Konjunkturpaket aufgelegt und 2013 den Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinen- und Metallindustrie mit einer Vermittlung gerettet. Alles pfui für Neoliberaler.

Zwar war Schneider-Ammann immer ein Mann der Konzerne. Die «Optimierung» der Steuern erklärte er zur

«Managerpflicht» und bunkerte Ammann-Vermögen in Steuerfluchthäfen. Aber er stand für den alten Kapitalismus. Er war der paternalistische Patron, der nach dem Befinden der Kinder seiner Arbeitenden fragte und den Ausgleich mit den Gewerkschaften suchte. Als Credo nannte er: Jobs, Jobs, Jobs. Aus Sicht der Banken und Besitzenden also ein Fall von Fehlbesetzung. Dabei hatte sich Schneider-Ammann schon vor der Abschottungsinitiative der SVP dem Druck gebeugt und den Ausbau der FlaM abgelehnt. Eine katastrophale Fehleinschätzung. Nach

**Die FDP setzte ihm Brupbacher als Aufpasser ins Departement.**

der Abstimmung zitierten ihn die Bosse in den «Bernherhof» und befahlen ihm die «wirtschaftsfreundliche Umsetzung» der Initiative. Das will heissen: weg mit den flankierenden Massnahmen.

**IM WACHKOMA**

Brupbacher sorgte künftig für die richtige Linie. In allen Belangen. Gegen den überharten Franken von Nationalbankchef Thomas Jordan trat Schneider-Ammann jammernd auf – doch diesmal rührte er keinen Finger. Zehntausende



**BÜNDELI ABGEWORFEN: Ein letzter Rest Emmentaler Grind?** FOTO: KEYSTONE



**Der Schneider-Ammann-Aufwachen!-Stempel (SAAS) von work.**

Jobs gingen verloren. work zählte sie monatelang mit und verlieh dem Bundesrat den Schneider-Ammann-Aufwachen!-Stempel (SAAS).

Der Wirtschaftsminister verharrete auch dann noch im Wachkoma, als Brupbacher die Demontage der Flankierenden inszenierte und beharrlich an einem Rechtsblock FDP-SVP zimmerte. FDP-Bundesrat Ignazio Cassis bot der EU das Thema FlaM an. Schneider-Ammann unterstützte Cassis, von Brupbacher mit Stellungnahmen und Briefen auf Position gezerrt. Im Bundesrat trieb SVP-Mann Ueli Maurer den Wirtschaftsminister vor sich her. Nach dem kategorischen Nein von SGB-Präsident Rechsteiner signalisierten sogar die Arbeitgeber, das Thema sei vom Tisch. Aber Hardliner Brupbacher insistierte, Maurer machte Druck, und Aussenminister Cassis liess Schneider-Ammann im Regen stehen.

Vielleicht war es ein letzter Rest Emmentaler Grind: In der Bundesrats-sitzung vom 21. September entzog sich Schneider-Ammann diesem Zirkus.

**INITIATIVE GEGEN LOHN-DUMPING**

Auch Bundesrat Schneider-Ammann hätte das gerne geregelt gehabt, doch der Rechtsblock von SVP-FDP würgte den Vorstoss von Unia-Mann und Nationalrat Corrado Pardini ab. Dieser wollte lange Subunternehmerketten bei öffentlichen Aufträgen unterbinden. Über die Weitergabe von Aufträgen unterlaufen Firmen so GAV und Gesetz.

Zum Beispiel bei der Berner KVA, wo qualifizierte Schweizer 60-Stunden-Schichten für weniger als 13 Franken die Stunde chrampfen mussten.

**LETZTE LÜCKE.** Subunternehmerketten grenzen oft an Menschenhandel und sind eine der letzten Lücken der erfolgreichen flankierenden Massnahmen. Der Berner Gewerkschaftsbund will dem ein Ende setzen, wenigstens im Kanton Bern: Am 2. Oktober reicht er dazu seine Volksinitiative ein (**fairer-wettbewerb.ch**).

**EU-Rahmenabkommen: Wie weiter?**

**WAS BISHER GESCHAH:** Seit Jahren verhandeln die Schweiz und die EU über das sogenannte Rahmenabkommen. Darin soll geregelt werden, wie sich die bilateralen Verträge dynamisch an verändertes EU-Recht anpassen. Das heisst: Damit nicht bei jeder Entwicklung des EU-Rechtes die jeweiligen Verträge neu ausgehandelt werden müssen, sollen Mechanismen definiert werden, die das automatisieren. Lange zögerte und verzögerte die Schweiz, lange machte die EU mit. Doch seit einiger Zeit macht sie Druck. Das hat durchaus auch binneneuropäische Gründe. Der A-la-carte-Service für das Nichtmitglied Schweiz weckte Begehrlichkeiten bei Mitgliedsländern, sich individuell aus gewissen Regeln auszuklinken. Und da ist ja noch der Brexit.

**WAS IM SOMMER GESCHAH:** Ohne Not stellte Neo-Aussenminister Ignazio Cassis in einem Radio-interview die flankierenden Massnahmen (FlaM) zum Lohnschutz



**VERHANDLUNGEN: Abbrechen, verschieben, weiterverhandeln?**

in Frage. Damit verliess er bewusst die vom Gesamtbundesrat definierten roten Linien, die besagen: Die FlaM sind nicht Teil eines Rahmenabkommens. Punkt. Schluss. Entsprechend geharnischt reagierten die Gewerkschaften. Der Gesamtbundesrat erinnerte Cassis an die roten Linien und beauftragte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, mit den Sozialpartnern Gespräche über die flankierenden Massnahmen zu führen. Daran hatten die

Gewerkschaften kein Interesse. Erst recht nicht, nachdem die neoliberalen Hardliner aus dem Wirtschaftsdepartement ein Diskussionspapier verschickt hatten, in dem gleich alle flankierenden Massnahmen zur Disposition gestellt wurden. Johann Schneider-Ammann hatte sich und seinen Patron-Charme überschätzt, Cassis machte sich aus dem Diskussionsstaub. Ein Entscheid vertagte der Bundesrat von Sitzung zu Sitzung.

**WAS EVENTUELL PASSIERT:** Am 27. September (nach Redaktionsschluss) diskutiert der Nationalrat über das Rahmenabkommen. Chropfläärete. Tags darauf einmal mehr der Bundesrat. Die derzeit wahrscheinlichste Variante: Die Schweiz zahlt die Kohäsionsmil-liarde für die osteuropäischen Mitgliedsländer und hofft so, weiter über ein Rahmenabkommen verhandeln zu können. Wenn die EU darauf einsteigt. CLEMENS STUDER

**Endo Anaconda worksms**

**An das Kabinenpersonal**

Bin in den Ferien auf Blues Cruise, mit tausend anderen Leuten aus der Schweiz. Das Kabinenpersonal kommt von den Philippinen oder aus Nepal. Die rackern sich ohne Gewerkschaftsvertretung ab, um daheim ihre Familien durchzubringen. Sie verdienen unsere Wertschätzung, obwohl sie von der Wertschöpfung wenig abbekommen. 10% auf die Konsumation wird automatisch abgezogen – blödenweise ist fast alles all inclusive. So verteile ich halt die Hälfte meines Taschengeldes und träume von einer Meuterei. Eigenartig, dass man auf dieser Welt fast nichts mehr machen kann, ohne sich schuldig zu fühlen. Ahoi, Endo

**Ihr SMS an Endo: 077 437 56 82**

# Dreiste Baumeister verlangen grenzenlose Arbeitszeiten Chrampfen ohne Ende

**Der Baumeisterverband fordert von den Bauarbeitern noch mehr Gratisarbeit. Doch schon jetzt sind die Tage auf den Baustellen zu lang.**

RALPH HUG

Baumeisterpräsident Gian-Luca Lardi will von den Bauleuten pro Jahr zusätzlich 300 Gratisstunden. Heute sind gemäss Arbeitszeitkalendar nur 100 möglich. Diese Überstunden werden jeweils im Winter abgebaut und bei Hochbetrieb im Sommer angehäuft. Dreimal mehr Überstunden hiesse konkret, zehn Monate lang jeden Tag 9½ Stunden und mehr arbeiten – ohne dafür einen Franken Zuschlag und ohne eine einzige Überstunde ausbezahlt zu erhalten, alles auf Kosten ihrer Gesundheit. Und im Januar und Februar müssten die



**«Wir spielen nicht mit der Gesundheit der Bauarbeiter.»**

UNIA-BAUCHEF NICO LUTZ

Baubüezer dann zu Hause Daumen drehen. Klar, dass da die Unia nicht mitmacht. Bauchef Nico Lutz: «Wir spielen nicht mit der Gesundheit der Bauarbeiter.»

## WEGZEIT NICHT EINGERECHNET

Schon heute klagen viele Bauleute über endlose Arbeitstage. Im Sommer ist eine Tagesbüz von über zehn Stunden möglich. Real sind es dann oft bis zu zwölf Stunden, weil die Wegzeit nicht als Arbeitszeit gilt. Nicht wenige Bauleute fahren vom Magazin zur Baustelle und zurück mehrere Stunden. «Im Sommer sehe ich die Familie kaum noch», beschwerten sich viele. Was die Baumeister fordern, ist für Nico Lutz verantwortungslos: «Die Bauarbeiter müssten sich krank und invalid schuffen.»

Drei Monate nach der grossen Baudemo vom Juni in Zürich stecken die Verhandlungen zum Landesmantelvertrag fest. Dabei hat die mächtige Kundgebung der 18 000 Bauleute – jeder vierte Bauarbeiter war dabei – die Patrons an den Verhandlungstisch gezwungen. Zuvor hatten sie über ein Jahr lang dringend nötige Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Rente 60 verweigert. Hauptstreitpunkt ist ihre Nachfinanzierung. Die Frühpensionierung braucht wegen der geburtenstarken Jahrgänge vorübergehend einen Zustupf.

## KEIN SCHLECHTWEITER-SCHUTZ

Unter Druck haben die Baumeister ihre Forderung nach einer Rentenaltererhöhung schliesslich aufgegeben. Auch sind sie jetzt zu einer Lohnerhöhung von 150 Franken pro Monat ab 2019 bereit. Dies aber nur, wenn die Bauleute uferlos Gratisarbeit leisten und weitere Verschlechterungen akzeptieren. So sollen bei einem Stellenwechsel tiefere Löhne gelten. Das würde dem Dumping alle Türen öffnen. Weiter sollen sämtliche Bestimmungen zum Schutz vor Schlechtwetter gestrichen werden. Das kommt für die Bauarbeiter nicht in Frage. Sie verlangen im Gegenteil mehr Schutz.

Jetzt ist Konfrontation angesagt. In einer Urabstimmung im letzten Frühjahr haben 93 Prozent der befragten Bauleute für Streiks gestimmt, falls es am grünen Tisch keinen Fortschritt gibt. Dieser Herbst wird heiss werden. Noch heisser als der Sommer.



**POLIER MARCEL MÖSCH:** «Mehr Überstunden heisst noch mehr Samstagsarbeit, noch grösserer Druck und noch kürzere Fristen.»

FOTO: ROLAND SCHMID

## Polier Marcel Mösch: «Noch mehr Überstunden? Liegt nicht drin!»

Am Morgen kam der Beton, schon ist der Boden hart. Aber er braucht noch Wasser. «Sonst gibt's Risse.» Polier Marcel Mösch (58) kennt die Tricks. Schliesslich ist er seit über dreissig Jahren auf dem Bau. Ein Profi, der weiss, was geht und was nicht. Zum Beispiel Mehrarbeit. Noch mehr Überstunden, wie das jetzt der Baumeisterverband fordert? Mösch winkt ab: «Liegt nicht drin.» Viele seien schon am Anschlag. Der Stress durch Zeitmangel, Preisdruck, Hetzerei und zu wenig Personal setze allen zu.

**SCHMERZEN.** Auch ihm, obwohl er doch fit wirkt. Am Fuss plagt ihn ein Fersensporn, der Rücken tut ihm ständig weh. Mösch freut sich auf die Rente mit 60 in zwei Jahren. «Die ist genial, vor allem wenn man sieht, wie es so um die Leute steht», sagt er. Auf diese Errungenschaft lässt er gar nichts kommen.

Mösch baut an einem Hang im aargauischen Fricktal ein luxuriöses Einfamilienhaus. Mit nur zwei Kollegen. Kaum

zu glauben, wirkt doch die Baustelle riesig. Er zuckt mit den Schultern: «Mehr Leute gibt es einfach nicht.» Die Bauunternehmung Obrist AG, bei der er angestellt ist, hat noch zwei Dutzend andere Baustellen. Bauherr ist ein Banker. Fünf Garagen und zwei Wohnetagen – ein anspruchsvoller Bau, viele Winkel und Ecken, nichts nach Schema F. Im Frühjahr haben sie damit begonnen, in zwei Monaten werden die Arbeiten schon fertig sein.

Auf dem Papier ist Mösch Polier. Aber er und seine Kollegen erledigen alles gemeinsam, was anfällt – etwa schalen, putzen, räumen. Mösch übernimmt auch die Funktion des Bauleiters und muss Handwerker bestellen, Termine und Lieferungen organisieren. «Auch die Architekten schieben alles dir zu», er-

zählt er. Mösch hat alle Hände voll zu tun. Das Handy klingelt. Ein Nachbar beschwert sich, weil ein Lieferant seinen Briefkasten touchiert hat. Jetzt muss er das ausbügeln. Bei Hochbetrieb sind die Tage lang. Mösch und sein Team beginnen morgens um sieben, manchmal auch früher. Wenn ein Zulieferer auf sich warten lässt, dauert es am Abend halt länger.

**ABWÄRTSSPIRALE.** Seinem Chef will er keinen Vorwurf machen. Druck setzten die Generalunternehmer und Architekten auf, stellt er fest. «Die sagen dir: Bis dann muss so und so viel stehen. Wenn du das nicht garantierst, bist du weg vom Fenster, weil ein anderer kommt und sagt, ich mache es in dieser Zeit.» Für Mösch ist klar: Noch mehr Überstunden hiesse noch mehr Samstagsarbeit, noch grösserer Druck und noch kürzere Fristen. «Eine Spirale nach unten. Die müssen wir verhindern, auch wenn wir streiken müssen.» (rh)

## ALTERNATIVE ZUR 8-TAGE-REGEL

### FAULES EI DER BAUMEISTER

Der Baumeisterverband (SBV) macht Politik. Aus heiterem Himmel verkündete er Mitte September in einer Medienmitteilung, dass die neue ISAB-Card eine Alternative zur 8-Tage-Regel bei den flankierenden Massnahmen sei.

**EIGENGOAL.** Die ISAB-Card ist jener Badge, der künftig die paritätischen Kontrollen auf den Baustellen erleichtern soll. Das Informationssystem Allianz Bau (ISAB) soll im Winter erstmals zur Anwendung kommen. Der SBV wollte damit offenbar den beiden FDP-Bundesräten Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann zu Hilfe eilen, welche die 8-Tage-Regel beim Lohnschutz in Frage stellen. Ein Eigen-goal. Denn der Badge ist freiwillig und nur für inländische Firmen gedacht. Für Entsendefirmen im Ausland kommt er nicht in Betracht.

**SPIELCHEN.** ISAB-Präsident Hans Rupli, der gleichzeitig auch Zentralpräsident von Holzbau Schweiz ist, bestätigt gegenüber work: «Die ISAB-Card ist nicht darauf ausgelegt, die 8-Tage-Regel zu ersetzen.» Unia-Bauchef Nico Lutz hält dem SBV vor, er betreibe in der Auseinandersetzung um ein Rahmenabkommen mit der EU ein «verantwortungsloses Polit-Spielchen». (rh)



## Autonome Töffs: Wie Rossi über den Grimselpass

**Ein bisschen Spass muss sein: Wenn schon das Töfffahren mit Roboterfahrzeugen keinen Adrenalinkick mehr bietet, dann wenigstens noch das Röhren der Motoren im Helm.**

Viele gehen davon aus, dass wegen der elektrischen Roboterautos bald jeder Fahrspass weg ist. Niemand mehr kann vor den Gartenbeizen mit seinem Schlitten herumröhren. Niemand kann in den Kurven unterhalb der Passhöhen seine Reifen quietschen lassen.

Dies, weil die anstehende technische Revolution zu viele Vorteile hat: Wir brauchen absehbar nicht mehr 4 Millionen Autos in der Schweiz, sondern nur noch 600 000, die wir uns erst noch brav teilen. Der Grossteil der heutigen Parkplätze wird darum überflüssig. Der Energieverbrauch pro gefahrenen Kilometer wird sinken. Die Zahl der Toten und Verletzten im Strassenverkehr noch weiter gegen null abnehmen. Und die Mobilität, wenn der Staat nicht vorausschauend Gegensteuer gibt, billiger.

**AUSLAUFMODELL PERMIS.** Früher wollten fast alle mit 18 Jahren den Führerschein machen. Heute haben es immer mehr Jugendliche nicht so eilig. Oder machen gar nie einen Führerschein, weil sie auf den öffentlichen Verkehr umgestiegen sind. Die Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer werden etwas nervös.

Für alle Fans von heissen Sportwagen und noch heisseren Motorrädern scheint etwas Trost in Sicht: Honda und BMW entwickeln sich selbst steuernde autonome Töffs. Wer sich die ersten Videos im Internet anschaut, dem beginnen sich die Nackenhaare vor Vorfreude zu sträuben. Die Schweiz hat die schönsten Pässe der Alpen. Eine Fahrt mit dem Töff von

Ulrichen VS nach Innertkirchen BE ist für alle, die auf ihren Maschinen sitzen, ein Erlebnis der anderen Art. Deshalb leiden die Anwohner entlang den Alpenpässen unter dem Lärm der heutigen Maschinen. Und die Sanitärerinnen und Sanitärer müssen an Wochenenden immer häufiger ausrücken.

Erstens, weil einige ihre Maschinen zu wenig gut beherrschen. Und

zweitens, weil, wenn fehlbare Automobilisten korrekt fahrende Motorräder rammen, die Motorradfahrenden buchstäblich unter die Räder kommen. Trotz besser werdenden Kombis und Helmen. In Zahlen ausgedrückt, gibt es statistisch pro gefahrenen Kilometer 25 Mal mehr verletzte und getötete Motorradfahrende als Automobilisten.

**RÖHREN IM HELM.** In zehn bis zwanzig Jahren werden wir in Innertkirchen eine Honda oder BMW mieten. Und per Sprachsteuerung der Maschine mitteilen, in welchem Modus wir über die Grimsel

blochen möchten. Tendenziell lieber wie Valentino Rossi oder wie Tom Lüthi. Und dann dank dem flächendeckenden 5-G-Netz uns sicher, schnell und für die Anwohnenden leise zum Grimselospiz in die Kurven legen. Das Röhren der Motoren simulieren zwecks Hebung des Adrenalin-

spiegels die innenliegenden Lautsprecher jedes Helms. Denn etwas Spass muss ja sein und bleiben. Auf jeden Fall stirbt auch diese Hoffnung zuletzt.

**ROBOTER: Per Sprachsteuerung auf dem Töff über die Schweizer Pässe brausen. Sicher und schnell, aber auch etwas langweilig.**

FOTO: HONDA



### LINKS ZUM THEMA:

- [rebrand.ly/statistiken](http://rebrand.ly/statistiken) Vorab linke und umweltfreundliche Politik braucht gute Statistiken. Deshalb wird das Bundesamt für Statistik immer wieder von rechts angegriffen.
- [rebrand.ly/bmwautonom](http://rebrand.ly/bmwautonom) Das autonome Motorrad funktioniert schon auf der Teststrecke von BMW. Noch wollen die Deutschen nicht darüber reden, was für eine Rosa Zukunft uns ins Haus steht. Verständlicherweise, denn noch ist Motorradfahren der Inbegriff von krachender Freiheit.
- [rebrand.ly/rollator](http://rebrand.ly/rollator) Harley-Davidson-Maschinen sind Kult. Das Unternehmen hat zwei Probleme: Immer mehr alte Harley-Fahrer stossen einen Rollator, wechseln in den Rollstuhl oder sterben friedlich im Bett. Und für die Jungen sind Maschinen zu wenig schnell und zu teuer. Das Management kritisiert US-Präsident Donald Trump wegen der hohen Zölle auf Stahl und Aluminium. Und Trump fordert seine Anhänger auf, keine Harleys mehr zu kaufen. Kindergarten? Nein, knallharte Politik um ein Kultobjekt der amerikanischen Lebensweise.
- [rebrand.ly/hondaautonom](http://rebrand.ly/hondaautonom) Auch Honda bewegt sich Richtung autonomes Motorradfahren. Ein erster Baustein ist ein System, das künftig das Umfallen des Motorrades beim Anhalten und Wegfahren verhindert. Kommt gar nicht so selten vor, wie wir alle denken. Und freut natürlich jeweils alle vor Ort anwesenden Besserwisser und Spötterinnen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT

# DAS BUCH ZUR ANTI-MENSCHEN-RECHTS-INITIATIVE



«Ein Buch, das die Bedeutung der Menschenrechte erfahrbar macht, indem es einem die Menschen selbst nahebringt.»

Milo Rau

Die Wochenzeitung WOZ hat einen bisher kaum bekannten Teil der jüngeren Schweizer Geschichte aufgearbeitet: Geschichten von EinwohnerInnen der Schweiz, die sich ihr Recht vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erstritten haben – Menschen wie Frau Huber, die Rechtsverbesserungen erkämpft haben, die weit über ihren Fall hinausgehen.

Ende September erscheint dieser zeitgeschichtliche Streifzug durch den Alltag der Schweiz, erzählt in packenden Reportagen.

An den Buchvernissagen lernen Sie Menschen wie Frau Huber und ExpertInnen für Menschenrechte kennen.

**Aarau: Mittwoch, 17. Oktober, 19.30 Uhr, im Meissner Bücher**  
**St. Gallen: Dienstag, 23. Oktober, 20.15 Uhr, im Palace**  
**Bern: Montag, 5. November, 20.15 Uhr, im Kino Rex**

Angaben zu den Veranstaltungen finden Sie laufend auf [www.woz.ch/frauhuber](http://www.woz.ch/frauhuber).

Buchbestellungen: 044 448 14 14, [woz@woz.ch](mailto:woz@woz.ch) oder über [www.woz.ch/shop](http://www.woz.ch/shop). 22 Franken (inklusive Versandkosten).

«Frau Huber geht nach Strassburg. Die Schweiz vor dem Gerichtshof für Menschenrechte»  
WOZ-Verlag, Zürich. ISBN-Nummer: 978-3-906236-14-8. 216 Seiten. Herausgeber: Kilian Meyer und Adrian Riklin.  
Mit Illustrationen von Kornel Stadler.



DAS KOMMT MIR NICHT IN DIE TÜTE: Verkäuferinnen und Verkäufer müssen an den Selfscanning-Kassen schauen, dass niemand etwas stiehlt. FOTOS: MATTHIAS LUGGEN

Verkäuferin Barbara G. müsste sechs Selfscanning-Kassen gleichzeitig überwachen. Unmöglich, sagt sie.

# Tohuwabohu an der Selfscanning-Kasse

**Rund jeder dritte Artikel, der bei Coop und Migros über den Ladentisch geht, wird nicht mehr von Personal gescannt, sondern von der Kundin, dem Kunden selber. Die Angestellten müssen den Vorgang nur noch überwachen. Aber genau das ist Stress pur, sagt Kassierin Barbara G.\***

«Am schlimmsten ist es über Mittag. Da kommen bei uns immer eine Horde Schülerinnen und Schüler und kaufen ihr Zmittag. Eine halbe Stunde ist der Laden pumpvoll, es wird gedrängt und geschubst. Und sie gehen an die Selfscanning-Kassen, weil es schneller geht. Wenn ich dort eingeteilt bin, muss ich aufpassen, dass sie nichts stehlen. Es ist klar, diese Kassen laden viel mehr zum Stehlen ein als die traditionellen Ladenkassen. Man kann zum Beispiel so tun, als scanne man den Artikel, ihn aber mit dem Strichcode nach oben über den Scanner ziehen. Dann wird er nicht registriert. Wir haben sechs solche Kassen. Wenn alle besetzt sind, müsste ich also an sechs Orten gleichzeitig kontrollieren. Das geht gar nicht.»

**ÜBERALL.** Sicher reklamiert genau dann eine Kundin, weil die Kasse nicht erkannt hat, dass Mangos Aktion sind. Oder das System löst bei einem Kunden eine Stichprobe aus, dann muss ich kontrollieren, ob er alles gescannt hat. Und ich muss seinen ganzen Einkauf scannen und sehe nicht, was rundherum geschieht. Bei den Schülern war es oft so, dass sie zu zweit oder zu dritt vor einer Kasse standen. Dann sehe ich nicht mehr auf den Bildschirm und habe keine Chance zu bemerken, wenn einer «bschisst». Darum setzen wir jetzt durch, dass nur immer einer an eine Kasse darf. Wir haben auch dafür gekämpft, dass in der Stosszeit über Mittag immer zwei Leute beim Selfscanning aufpassen. Das hilft.

**KNOPF.** Wenn ich einen Diebstahl bemerke, gehe ich nicht mehr hin und mache die Person darauf aufmerksam. Sondern wir haben einen Knopf, mit dem wir eine Stichprobe an einer Kasse auslösen können. Dann kann ich sagen:

Schauen Sie, das System hat eine Stichprobe angeordnet. So gehe ich Problemen aus dem Weg.

Wenn ein Diebstahl vorkommt, wird bei uns zum Glück nicht das Personal verantwortlich gemacht. Trotzdem will ich, wenn immer möglich, Diebstähle verhindern. Denn im grossen und ganzen stehe ich hinter meinem Arbeitgeber, da will ich mich auch mit Herzblut für die Firma einsetzen. Wenn sie zu viel Verlust macht, habe ich irgendwann keinen Job mehr.

Ein beliebter Trick ist zum Beispiel, ein Schoggigipfeli zu nehmen, an der Kasse aber ein normales Gipfeli einzugeben. Die Schülerinnen und Schüler machen das oft. Das ist nicht nur Beschiss, sondern beschert uns noch ein anderes

## Sechs bis sieben Stunden stehen und nur 15 Minuten Pause.

Problem. Weil das System automatisch eine Bestellung auslöst, wenn ein Artikel knapp wird. Dann haben wir plötzlich viel zu viele Gipfeli im Laden, aber keine Schoggigipfeli mehr. Und wer muss das dann korrigieren? Wir natürlich.

**PUTZEN.** Klar, es gibt auch Zeiten, in denen nicht viel los ist im Laden. Dann muss ich die Einkaufskörbe versorgen, die Kassen putzen, Besteck auffüllen und die Kaffeemaschine reinigen. Und wenn all das gemacht ist, muss ich trotzdem die ganze Zeit bei den Kassen stehen für den Fall, dass jemand kommt. Eigentlich kann ich nicht einmal eine WC-Pause machen. Zum Glück haben wir das jetzt so eingerichtet, dass ich mit meinem Funktelefon jemanden rufen kann, der mich ablöst. Eine Schicht an den Selfscanning-Kassen geht normalerweise sechs bis sieben Stunden, mit 15 Minuten Pause. Eine 62jährige Kassierin, die das



FOTO: KEYSTONE

## Self-Scanning: Studie soll Licht ins Dunkel bringen

Bei Migros und Coop gehören Selfscanning-Kassen heute schon fast zum Standard. Auch andere Ketten wie Manor oder Ikea setzen auf die Technologie. Über 4000 solche Terminals gibt es derzeit in der Schweiz. Tendenz steigend. Weil die Kundinnen und Kunden immer öfter die gekauften Artikel selber scannen, braucht es immer weniger klassisches Kassenpersonal.

**ERSTE ERKENNTNISSE.** Doch wie verändert diese schleichende Revolution den Alltag der Verkäuferinnen und Verkäufer? Darüber gibt es heute kaum Angaben. Das will die Unia ändern. Sie hat deshalb die erste wissenschaftliche Studie zum Thema in Auftrag gegeben. Die Studie wird am 11. Oktober veröffentlicht. (che)

nicht gewohnt ist, schafft das nicht. Deshalb preicht's uns Jüngere umso öfter. Aber auch bei uns geht das in die Beine und in den Rücken, so lange auf den Füßen zu sein. Eine junge Kollegin musste kürzlich sogar 12 Stunden am Stück bei den Selfscanning-Kassen aufpassen. Gegen Schluss sagte sie mir: Du, ich seh's nicht mehr. Diese ständige Aufmerksamkeit an mehreren Orten gleichzeitig, das schafft man gar nicht so lange.»

AUFGEZEICHNET VON CHRISTIAN EGG

## Häusliche Gewalt: Ein Männer-Problem

**BERN.** In der letzten Session ging es im Nationalrat um den besseren Schutz von Opfern häuslicher Gewalt. Die SVP wollte davon nichts wissen und nutzte die Debatte zur Ausländerhetze. Thomas Aeschi, Adrian Amstutz, Andreas Glarner, Erich Hess, Albert Rösti und Mauro Tuena stellten häusliche Gewalt als «hauptsächlich ein Ausländerproblem» hin. Vertreter jener Partei also, die Vergewaltigung nicht bestrafen wollte, solange sie in der Ehe stattfindet. Und die es angebracht fand, dass Ehemänner ihre Einwilligung geben mussten, wenn ihre Frauen arbeiten wollten. Die von den SVP-Männern angehässelte Bundesrätin Simonetta Sommaruga blieb cool: «Wenn Sie das Problem wirklich unbedingt bezeichnen wollen, dann ist es ein Männerproblem.»

## Jean-Claude Bastos sitzt hinter Gittern

**LUANDA (ANG).** Schlechte Nachrichten für SBB-Präsidentin Monika Ribar: Ihr ehemaliger Geschäftspartner, der schweizerisch-angolanische Finanzjongleur Jean-Claude Bastos, wurde in Angola verhaftet und sitzt in



IN HAFT: Finanzjongleur Jean-Claude Bastos. FOTO: SRF

Untersuchungshaft. Aus dem angolanischen Staatsfonds soll er über eine halbe Milliarde Dollar seinen eigenen Firmen zugeschanzt haben. Ribar war bis 2016 Verwaltungsrätin in einer Bastos-Firma. Bei ihrer Wahl an die SBB-Spitze hatte sie «vergessen», das heikle Mandat offenzulegen.

## Nationalrat bremst Waffenexporte

**BERN.** Die Kriterien für Waffenexporte soll nicht mehr der Bundesrat festlegen, sondern das Parlament. Das will der Nationalrat. Er hat eine entsprechende Motion der BDP angenommen, sie geht jetzt an den Ständerat. Die Allianz hinter der Korrektur-Initiative für schärfere Exportvorschriften begrüsst das Ja des Nationalrats. Sie hält aber vorerst am Plan für eine Volksinitiative fest. Im Sommer wurde bekannt, dass der Bundesrat neu auch Waffenexporte in Bürgerkriegsländer erlauben will.

## AHV-Steuerdeal: Referendum?

**BERN.** Nach work-Redaktionschluss ist vor dem Referendum: Am 28. September wird der Steuer-AHV-Deal die Schlussabstimmung im Parlament überstehen. Am gleichen Tag entscheiden die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ob sie die Vorlage unterstützen oder ein Referendum. Vor der gleichen Frage stehen tags darauf die SP-Delegierten. Für ein Referendum ausgesprochen haben sich bereits die Juso und die Grünen, die SP-Frauen liebäugeln damit. work bleibt dran.

\* Name der Redaktion bekannt.

Spanien

## Frischlucht statt Modergeruch

Plötzlich war in Spanien der Sozialdemokrat Pedro Sánchez «El guapo» (der Schöne) am Ruder und nicht mehr der muffige Premier Manuel Rajoy. Diesen Moment beschreibt Gewerkschafter Javier Navas so: Es sei, wie wenn nach Jahren stickiger Luft im Zimmer «plötzlich die Fenster aufgehen und frischer Wind reinkommt. Das Zim-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

mer ist zwar noch das gleiche, aber die Luft macht Mumm.»

**FRISCHER WIND.** Plötzlich redet die Ministerin für die Regionen mit den Katalanen über mehr Autonomie, statt, wie es Rajoy tat, die Polizei auf sie zu hetzen. Plötzlich will die Arbeitsministerin bei den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) den Vorrang der Branche vor Betriebsregelungen wieder einführen – das

### Plötzlich redet die Ministerin mit den Katalanen.

Auch das «Knebelgesetz», das Demonstrationen und Streikposten mit ruinierenden Bussen belegt, soll aufgehoben werden. Und plötzlich will Ministerpräsident Sánchez die Gebeine des Schlächters «Generalísimo Franco» aus dem riesigen Mausoleum ins normale Familiengrab überführen. Frischluft statt Modergeruch auch hier!

**MEHR LOHN.** Der neue Wind beflügelt die Sozialpartner: Nach drei Jahren Lohnstopp trotz Wirtschaftsaufschwung bewegt sich der Arbeitgeberverband endlich. Im Juli kam es zu einem Abschluss mit den Gewerkschaften UGT und «Comisiones Obreras». Abgemacht sind 2 bis 3 Prozent Lohn-erhöhung für 2019. Noch wichtiger ist die schrittweise Anhebung der untersten GAV-Mindestlöhne auf 1000 Euro. Zwei Millionen Lohnabhängige verdienen heute in Spanien unter 1000 Euro. Diese Erhöhung bringt insbesondere vielen Frauen zehn bis dreissig Prozent mehr Lohn.

**NEUWAHLEN.** Der neuen Regierung Sánchez fehlt allerdings eine feste Mehrheit im Parlament. So kann sie vieles nur anbahnen, nicht beschliessen. Demonstrativ öffnete Sánchez die spanischen Häfen, als der faschistoide Innenminister Italiens, Matteo Salvini, wochenlang das Flüchtlingsschiff «Aquarius» auf offener See aus-sperrte. Nun geht die spanische Regierung aber bereits wieder auf die Bremse. Über kurz oder lang wird es in Spanien mangels Mehrheiten deshalb zu Neuwahlen kommen. Sie werden darüber entscheiden, ob die Fenster wieder zugehen oder ob das Zimmer gar neu eingerichtet wird.



20000 Menschen setzten an der Demo für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung ein Zeichen und machten Druck. Der Film: [www.unia.ch/enough18](http://www.unia.ch/enough18)

## Novartis streicht in der Schweiz über 2000 Stellen Aus reiner Profitgier

**Novartis geht es blendend: der Aktienkurs steigt stetig. Doch der Pharmamulti will noch dickere Profite und verlagert Hunderte von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer.**

CHRISTIAN EGG

Es ist nicht einmal einen Monat her, da verkündete Novartis gute Nachrichten: Bis zu 450 neue Stellen werde man im aargauischen Stein schaffen für die neuen Zell- und Gentherapien. Das sei «ein Beispiel dafür, wie Novartis in der Schweiz in innovative Technologien investiert», liess sich damals Matthias Leuenberger, Schweizer-Chef des Pharmagiganten, zitieren.

Schöne Worte. Aber nur der kleinere Teil der Wahrheit, wie sich jetzt zeigt. Denn am 25. September gab Novartis bekannt, in der Schweiz 2150 Stellen streichen zu wollen. In Basel, Schweizerhalle BL und Locarno TI. Aber auch in Stein, parallel zum geplanten Ausbau.

### GEWALTIGER GEWINN

Christian Gusset von der Unia kritisiert das Vorhaben scharf: «Das ist ein beispielloser Abbau. Es gibt keinen wirtschaftlichen Grund dafür.» Denn Novartis geht es blendend. Der Aktienkurs ist seit 2009 stetig gestiegen. Der an die Aktionäre ausgeschüttete Gewinn betrug im letzten Jahr 11,8 Milliarden US-Dollar. Und pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter macht das Unternehmen 63349 Dollar Reingewinn im Jahr – eine sagenhafte Summe, auch im Vergleich zu anderen börsenkotierten Firmen.



«ABSOLUT INAKZEPTABEL»: Damit die Novartis-Aktionäre ihre Taschen füllen können, sollen die Mitarbeitenden rausfliegen. MONTAGE: WORK

Doch das reicht dem neuen Chef Vas Narasimhan noch nicht. Er beklagt sich, dass Novartis, nach Abzug aller Kosten ausser Zinsen und Steuern, «nur» eine Marge von 30 Prozent verdiene. Der Durchschnitt der Branche sei bei 35 Prozent, und das will Narasimhan auch. Bis 2022 will er deshalb die Kosten um eine Milliarde senken. Im «Tages-Anzeiger» sagt er ganz offen: Der Jobabbau sei «ein Teil davon, die Marge zu erhöhen».

Die Unia fordert, dass Novartis ihre Kündigungspläne zurückziehe. Christian Gusset: «Die Ar-

beitnehmenden sollen den Preis zahlen für die enormen Profite der Aktionäre. Das ist inakzeptabel.»

In einer Medienmitteilung zeigte sich auch der Regierungsrat des Kantons Aargau «enttäuscht»: Erst vor wenigen Jahren habe Novartis noch gross in den Standort Stein investiert,

so der Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann: «Der plötzliche Strategiewechsel mit der Verlagerung von Hunderten von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer ist für den Regierungsrat schwer nachvollziehbar.» Die Unia fordert jetzt alle

Beteiligten auf, am gleichen Strick zu ziehen, um den drohenden Stellenabbau bei Novartis abzuwenden.

### ALTERNATIVE LÖSUNGEN

Unia-Mann Christian Gusset: «Es braucht sofort eine Kommission mit Vertretern des Bundes, der betroffenen Kantone, des Personals und der Sozialpartner.» Gegenüber dieser Kommission müsse Novartis volle Transparenz herstellen, wie dieser Plan zur Vernichtung von Arbeitsplätzen zustande gekommen sei. Dann soll die Kommission alternative Lösungen finden, damit Novartis ihren Entschluss zurücknimmt und den Abbau von Arbeitsplätzen stoppt.

## Wirtschaft boomt, Geld für mehr Lohn ist da 2,5 Prozent! Unia will die Lohnwende

Nach zwei mageren Jahren mit stagnierenden Reallöhnen braucht es eine Lohnwende. Unia-Chefin Vania Alleva fordert 2,5 Prozent höhere Löhne: «Ein Prozent ist schon wegen der Teuerung nötig. Weitere 1,5 Prozent braucht es für die steigenden Krankenkassenprämien sowie für den Ausgleich der gestiegenen Produktivität.» Die Arbeitnehmenden hätten in den letzten Jahren mehr geleistet und müssten angemessen am Erfolg beteiligt werden. Unia-Chefin Vania Alleva ist gegen individuelle Erhöhungen. Diese bevorteilten die höheren Löhne, während die mittleren und unteren weiter an Ort treten würden.

### Aufschwung und Gewinne für höhere Löhne sind da.

SUVA-RABATTE. Seit zwanzig Jahren ist der Anteil der generellen Erhöhungen auf 25 Prozent gesunken. Daniel Lampart, Chefökonom des Gewerkschaftsbunds, führt diesen Tiefstand auf die geringe Teuerung zurück. Jetzt aber zieht diese wieder an. Der SGB rechnet für 2018 mit einem Anstieg von 0,9 Prozent. Die Gefahr besteht, dass die Löhne hinter der Teuerung zurückbleiben. Der Aufschwung und die Gewinne für höhere Löhne sind da. Die Arbeitgeber profitieren zusätzlich auch noch von Suva-Rabatten bei der Berufsunfallversicherung. Sie müssen 220 Millionen Franken weniger Prämien zahlen. (rh)

## Mitarbeitende fordern nationale Arbeitsverträge Streikwelle legt Ryanair lahm

**Pünktlich zum Beginn der Herbstferien streiken Kabinenpersonal, Piloten und Pilotinnen des Billigfliegers Ryanair.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Für 50 Franken von Basel nach London und zurück. Kein Problem mit Ryanair. Und mit diesen Billigflügen macht der Konzern fette Gewinne: 2017 waren es 1,7 Milliarden Euro. Wie ist das möglich? Ganz einfach: Sparen, sparen, sparen – vor allem auf dem Buckel der Mitarbeitenden. Die Mindestlöhne werden nicht eingehalten, die Sozialleistungen sind nicht garantiert, und bei Krankheit wissen die Mitarbeitenden nicht, was am Monatsende auf der Lohnabrechnung steht.

**ÜBERWACHUNG.** Das Hauptproblem sind die Arbeitsverträge. Sie unterliegen irischem Recht. Und das Unternehmen weigert sich, sie dem jeweiligen Land anzupassen, in dem die Mitarbeitenden wohnen. Flugbegleiterin Anna L. (31) sagt: «Deshalb fallen wir zwischen Stuhl und Bank.» Sie arbeitet seit zehn Jahren für Ryanair und wohnt in Belgien. Ihren richtigen Namen möchte sie nicht in der Zeitung lesen. Sie fürchtet Schikanen oder gar die Kündigung. Bereits bei früheren Streiks hätten Führungskräfte die Streikenden eingeschüchtert, sie überwacht und fotografiert. Anna L. selbst muss immer wieder in Dublin antanzen, wenn ihre Crew die Einnah-



RYANAIR: Streiks in fünf Ländern Europas. FOTO: IMAGO

menziele aus den Kabinenverträgen nicht erreicht. Oder wenn sie mehr als fünf Tage pro Jahr fehlt – selbst mit Arztzeugnis. Anna L. sagt: «Der Druck auf

### «Sie pressen uns aus wie Zitronen.»

ANNA L., FLUGBEGLEITERIN

die Mitarbeitenden ist enorm gross, sie pressen uns aus wie Zitronen.»

**GROSSER STREIK.** Nach einer Verletzung musste Anna L. über ein Jahr lang kämpfen, bis der Konzern die vollen Kosten für den Arbeitsunfall übernahm. Zudem habe sie in Belgien kein Anrecht auf Sozialleistungen, da sie einen irischen Arbeitsvertrag habe. Ein Haus kaufen? Das wäre für sie unmöglich. Ohne belgischen Arbeitsvertrag sei sie für die Banken nicht kreditwürdig. Klagen? Fehlanzeige: «Finden Sie mal in Belgien eine Anwältin, die sich in irischem Recht auskennt...»

Doch damit soll jetzt Schluss sein. Am 28. September

streiken das Kabinenpersonal und Piloten von Ryanair in Spanien, Portugal, Italien, Belgien und den Niederlanden. Für diesen Tag hat Ryanair bereits 150 Flüge gestrichen.

«Wir fordern, dass Ryanair die jeweils nationalen Arbeitsrechte einhält», sagt Yves Lambert von der belgischen Gewerkschaft ACV-CSC (Confédération des syndicats chrétiens). «Damit endlich alle Ryanair-Mitarbeitenden den jeweiligen nationalen Mindestlohn erhalten und ihre Arbeitsrechte eingehalten werden.»

**CEO UNTER DRUCK.** Jahrelang weigerte sich Ryanair-Chef Michael O'Leary, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Jetzt fanden im Juli erstmals koordinierte Streiks in ganz Europa statt, am 11. September musste Ryanair in Deutschland 190 Flüge streichen. Und die Streikwelle zeigt erste Wirkung: O'Leary hat nun einem Tarifvertrag für das in Italien ansässige Kabinenpersonal zugestimmt.

Gleichstellungsgesetz: Ärztin Natalie Urwyler hat sich mit ihren Chefs angelegt – und durchgesetzt

# Ein Sieg für die Frauen

**Sie war Oberärztin am Inselspital in Bern. Dann wurde Natalie Urwyler (44) Mutter. Und bekam die Kündigung. Jetzt hat sie ihre Wiedereinstellung erstritten.**

PATRICIA D'INCAU

Ihr erstes Kind verlor Natalie Urwyler während der Arbeit. Sie überwachte einen Patienten im Operationssaal. Niemand war da, der sie ablösen konnte. Also arbeitete sie weiter. In dieser Nacht. Und in den drei folgenden Nächten auch. In der Klinik kursierte der Spruch, dass «man die Nachtschicht nur dann nicht antritt, wenn man zur eigenen Beerdigung muss».

Das war 2013. Natalie Urwyler war damals Oberärztin. Angestellt im Berner Inselspital. Sie arbeitete in der Klinik für Anästhesiologie und Schmerztherapie, lehrte an der Universität, forschte, war angehende Professorin. Dann wurde sie zum zweiten Mal schwanger, brachte eine gesunde Tochter zur Welt. Urwyler beantragte, ihr Pensum auf 80 Prozent zu reduzieren. Die Insel lehnte ab. Aus der Forschungs- und Lehrtätigkeit wurde Urwyler aber gestrichen. Die Ärztin wusste: Wenn das passiert, wäre ihre Karriere zu Ende. Nur, weil sie jetzt Mutter war.

## EINSCHÜCHTERUNG

Also legte Urwyler Beschwerde ein. Nach fünf Monaten Funkstille bekam sie die Kündigung. Die Ärztin zog vor Gericht und berief sich auf das Gleichstellungsgesetz. Das besagt: Solange eine Beschwerde wegen Diskriminierung hängig ist, darf der Betroffenen nicht gekündigt werden. Damit machte sich Urwyler mächtige Feinde. Nach der Entlassung war es schwierig, eine neue Stelle zu finden. Bei einem Vorstellungsgespräch erfuhr Urwyler: Man sei vor ihr gewarnt worden.

Ein Walliser Kantonsspital stellte sie schliesslich ein. Als Assistenzärztin. Mit einem Einkommen, das zwei Drittel tiefer ist als vorher. Urwyler: «Sie haben es geschafft, dass mich niemand mehr als Oberärztin in der Anästhesie einstellt. Ich musste noch einmal in einem anderen Fachgebiet von vorne anfangen.» Einschüchtern liess sie sich trotzdem nicht. An ihrer Klage hielt sie fest. Denn: «Es geht hier nicht nur um mich. Sondern darum, dass Frauen und Männer noch immer nicht gleichgestellt sind.»

## FEHLENDER MUTTERSCHUTZ

Zu Beginn ihrer Laufbahn dachte Natalie Urwyler da noch anders. Sie glaubte: Wer sich genug hineinkniet, der wird belohnt – unabhängig vom Geschlecht. Heute weiss sie: «Die Ungleichheit ist da. Man sieht sie beim Lohn. Und man sieht sie in den Chefetagen.»

Im Inselspital beträgt der Frauenanteil in den obersten und oberen Kadern nur 10 Prozent. In der ganzen Schweiz waren 2017 nur gerade 12 Prozent aller Chefarztposten mit Frauen besetzt. Die Machtpositionen sind meist in Männerhand. Und das, obwohl schon längst mehr Frauen Medizin studieren als Männer. Daran stört sich Urwyler. Sie sagt: «Wenn eine Frau Mutter wird, landet sie eben auf dem Abstellgleis.»

Auch beim Thema Mutterschutz kam es im Inselspital zum Konflikt. Urwyler prangerte an, was schon lange ein offenes Geheimnis war: dass der Mutterschutz oft



**DER TOCHTER ZULIEBE:** Ärztin Natalie Urwyler verlor ihren Job, ihre Karriere und ihren guten Ruf. Für ihr kleines Mädchen würde sie trotzdem nochmals vor Gericht gehen.

FOTO: OLIVIER LOVEY

## Fall Urwyler: Wegweisendes Urteil

Natalie Urwylers Sieg ist ein Durchbruch. Sie hat es geschafft, eine sogenannte Racheekündigung geltend zu machen. Also eine Kündigung, die verhängt wurde, weil sich die Betroffene gegen Diskriminierung gewehrt hat. Das verstösst gegen das Gleichstellungsgesetz. Die Gerichte haben Urwyler in zwei Instanzen recht gegeben. Das ist das bisher höchste Urteil, und es wird die künftige Rechtsprechung beeinflussen.

**UNWISSENDE RICHTER.** Urwyler ist erst die zweite Frau, die erfolgreich gegen eine Racheekündigung gekämpft hat. 23 Jahre nach Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes! Der Grund: Die Hürden für eine Klage sind hoch, der Erfolg oft bescheiden. Auch deshalb, weil die Gerichte das Gleichstellungsgesetz zu wenig kennen. Das hat Arbeitsrechtlerin Karine Lempin von der Universität Genf herausgefunden (work berichtete: [rebrand.ly/gleichstellungsgesetz](http://rebrand.ly/gleichstellungsgesetz)). Prozesse wie der von Natalie Urwyler können da etwas bewirken. (pdi)

können. Trotzdem: Natalie Urwyler sagt, sie würde alles noch einmal genau so machen. Für ihre kleine Tochter, für die sie sich wünscht, dass sie später aufgrund ihrer Leistung beurteilt werde und nicht wegen ihres Geschlechts. Und für all die anderen Frauen, die dasselbe erleben wie sie. Für sie hat Urwylers Klage einen Grundstein gelegt.

## GLEICHSTELLUNG

Die work-Bildergalerie zur grossen Lohngleichheitsdemo.

Seiten 8–11



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## SCHWEIZER WAFFEN FÜR DEN IS

Die vom bundeseigenen Waffenkonzern Ruag hergestellten Handgranaten vom Typ OHG 92 und HG 85 sind weltweit gefragt. Sie haben eine Reichweite von rund zwanzig Metern. In diesem Radius zerreißen sie alle ihre Opfer. Kürzlich wurden sie auch in

**Die Nachkontrolle der Waffenverkäufe ist eine helvetische Übung in Scheinheiligkeit.**

Waffenlagern der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) gefunden. Ehre gebührt

dem «Sonntagsblick» der diesen Skandal akribisch recherchiert hat.

**VÖLKERMORD AN DEN JESIDEN.** Paulo Sergio Pinheiro präsidiert die Untersuchungskommission des Uno-Menschenrechtsrates für Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Syrien. In einem Bericht von 2016 beschreibt er den Völkermord des IS an den Jesiden. Dieses Bauern- und Hirtenvolk lebt in Nordsyrien und im Nordirak. Es hängt einer vom schiitischen Islam abgespaltenen Religion an. Die sunnitischen IS-Jihadisten wollten die Menschen deshalb ausrotten.

Die Jesiden-Familien flohen in die Keller ihrer Häuser. Viele suchten auch Zuflucht in den Höhlen des Sinjar-Gebirges. Die Jihadisten umzingelten die Verstecke und warfen ihre Handgranaten hinein. Wie viele den Mordkommandos zum Opfer fielen, weiss auch Paulo Sergio Pinheiro nicht.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann, als Seco-Chef für die Exportbewilligung verantwortlich, liess gegenüber dem «Sonntagsblick» verlauten, dass er sich nicht zu dem Skandal äussern wolle. Sein naiver Kommunikationschef verwies auf die sogenannte Nachkontrolle des Seco. Ihr Fazit im Fall der Handgranaten: Die Exportbewilligung wurde für die Vereinigten Arabischen Emirate erteilt. Tatsächlich verschoben die Emirate die Lieferung aber nach Jordanien. Dortige Waffenschieber verkauften sie weiter in die Türkei. Und türkische Händler verschachtelten sie schliesslich an die Massenmörder vom IS.

Diese Nachkontrolle der Waffenverkäufe ist eine helvetische Übung in Scheinheiligkeit. Glücklicherweise gibt es noch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Sie zeigte auf, dass die Seco-Kontrolleure immer wieder total versagen.

**BÜRGERLICHE GEGEN EXPORTVERBOT.** Die Kriegsmaterialverordnung verbietet den Export von Kriegswaffen in Staaten, die in einen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat will dieses Verbot aufheben. Wo ist Hoffnung? Am Montag, dem 10. September, versammelten sich im Hotel Kreuz in Bern Vertreterinnen und Vertreter eines parteiübergreifenden Komitees, das von 40 Organisationen unterstützt wird. Wenn nötig, wollen sie eine Volksinitiative lancieren. Und der Nationalrat hat nun mit 97 zu 82 Stimmen bei 11 Enthaltungen entschieden, dass für die Kriegsmaterialexporte nicht mehr der Bundesrat zuständig sein soll.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Was für ein fulminanter Tag! 20 000 auf der Strasse für Lohngleichheit & Co.

# Unbeschreiblich weiblich

**Enough is enough is enough is enough is enough:** Der Bundesplatz vibriert unter Donna Summers Kampfsong. Genug ist genug! Die Frauen wollen endlich Lohngleichheit, subito, lieber gleich berechtigt als später. Und sie wollen einen zweiten Frauenstreik: am 14. Juni 2019. Deshalb sind sie hier, an die zwanzigtausend Frauen (und Männer): 20 000. Die von der Girlie Gang, die von der Grossmütter Revolution, alte Häsinnen und junges Gemüse, Migrantinnen, Friedens-

**Lieber gleich berechtigt als später.** bewegte, Gewerkschafterinnen, Unia-Chefin Vania Alleva mit pinkigem Lippenstift, Grüne, SPLerinnen, Juso-Frauen, Professional Women, CVP- und BDP-Frauen sogar mit einer Fahne, Lesben, Bi, Transen, Transgender, Schwule, LGBT, Heteromänner mit pinkigen Kopftüchern, Bébés mit Sonnenbrillen: alle sind sie da. Allein aus Basel rollen zehn SBB-Wagen an: zehn volle Wagen. Bei der Einfahrt lässt die Lok einen Grusspiff fahren.

**ROT VOR WUT.** Auf der Berner Schützenmatt wird es immer enger und heisser: Vom Himmel herab lacht Frau Sonne auf die Köpfe, Wolken ziehen hinweg. Da steckt sich eine junge Frau den Demo-Button «Now!» als Ohrhörer in ihr Ohr, die Stimmung steigt und auch der goldene «Zeig deinen Lohn»-Ballon für Lohntransparenz. Sechs Girlies skandieren hinter ihrem Transparent: «Fight like a girl!», kämpfe wie ein Mädchen. «So-so-so-so-Solidarität mit allen Frauen der Welt», jetzt kommen die von der Westschweizer Linkspartei SolidaritéS, und nochmals und nochmals: so-so-so-so... Trillerpfeifen lassen Trommelfelle flippieren, wow! Die Westschweizerinnen geben aber Gas: «Wir sind rot vor Wut, blau vor Wut, schwarz vor Wut!»

**WIR KÖNNEN ES.** Da rufen zwei mit blutroten Lippen: «Das ist die geilste Demo seit Jahrzehnten», und sechs junge Frauen befreien sich von ihren BH. Frauenbefreiungsbewegung. Und sie posieren für work: «We can do it», wir können es. Ihre Forderung: «Schluss mit der Schnäbeldiktatur», sie lachen heiss und selbstbewusst: UNBESCHREIBLICH WEIBLICH rockt jetzt unverwüstlich Nina Hagen über den Platz. Was für ein Sound. Was für ein Tag! MARIE-JOSÉE KUHN



Es ist ein Skandal, dass wir noch immer keine Lohngleichheit haben. Und es geht ja nicht nur um die bezahlte Arbeit, sondern auch um die Hausarbeit und die Kinderbetreuung. Dort sollten die Männer auch endlich mal anpacken.  
VIRGINIE GIRARDET, STÉPHANIE REYMOND



Richtige Kinderbetreuung braucht richtige Löhne! Noch immer hat die Care-Arbeit viel zu wenig Anerkennung, und die Löhne sind zu tief – nur deshalb, weil in diesen Berufen hauptsächlich Frauen arbeiten.  
ANNA BUCHER, SILJA GERHARD



Es ist einfach daneben, dass man Frauen weniger zahlt als den Männern. Und dass sie weniger Karrierechancen haben, nur weil sie Kinder bekommen. Ich finde es wichtig, dass auch wir Männer hinstehen und sagen: Das geht nicht.  
RICCARDO BARTELLONI



Lohngleichheit ist nur einer von vielen Schritten zur Gleichstellung. Es ist wichtig, den Zusammenhang zu machen zwischen Kapitalismus, Patriarchat und Diskriminierung. Zu zeigen, warum es die Ungleichheit gibt.  
SALOMÉ VOHROU



Die Zeit zum Diskutieren ist definitiv abgelaufen! Jetzt braucht es gesetzlich vorgeschriebene Lohngleichheitskontrollen.  
LEA KUSANO



Ich hoffe, dass Lohngleichheit kein Thema mehr ist, wenn Zoe erwachsen ist.  
SINA SCHATZMANN MIT ZOE



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – lieber heute als morgen! Nicht dass die nächste Generation dann auch noch für das immergleiche Anliegen auf die Strasse gehen muss!  
BRIGITTE MARTI

**#ENOUGH 2018**

- 62 Jahre bis zum Frauenstimmrecht
- 88 Jahre bis zur Gleichstellung im Eherecht
- 60 Jahre bis zur Liberalisierung der Abtreibung
- 86 Jahre bis zur Mutterschaftsversicherung

**Und wie lange noch bis zur Lohngleichheit?**



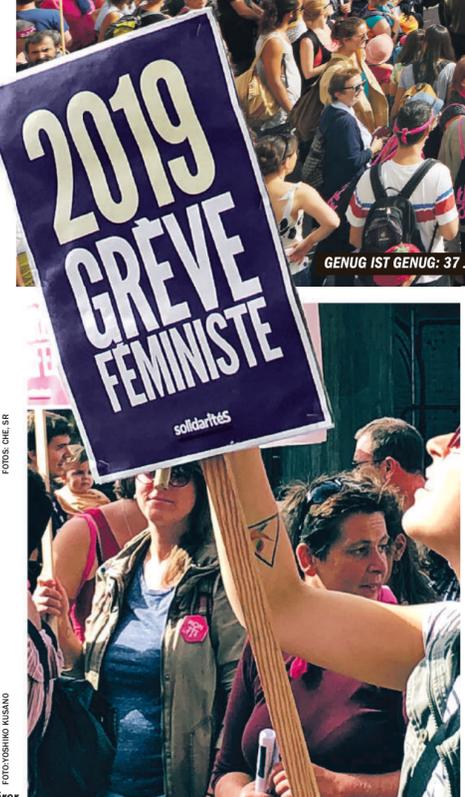
VIELE GESICHTER, EIN KAMPF: Unia-Frau Corinne Schärer (r.) und die aus Syrien geflüchtete Anwältin Rima.  
FOTO: YOSHIKO KUSANO



**Für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung!**  
PRÄSIDENTINNEN-FRONT: (In der Mitte von links nach rechts) Katharina Prelicz-Huber (Präsidentin VPOD), Barbara Gysi (Präsidentin PVB), Regula Rytz (Präsidentin Grüne Schweiz), Vania Alleva (Präsidentin Unia). FOTO: SGB/ANNETTE BOUTILLIER



GENÜG IST GENÜG: 37 Jahre Lohngleichheit in der Verfassung – 37 Jahre Verfassungsbruch. FOTOS: YOSHIKO KUSANO, NINA SEILER



KLARE ANSAGE: 2019 wird das neue 1991 – nur noch schärfer! FOTO: MIK



BÜHNE FREI: Mit Kultur gegen die Unkultur. FOTO: MIK



AUFBRECHEN: Hässig, fröhlich, phantasievoll gegen das Patriarchat. FOTO: MIK



FARBENLEHRE: Ob weiss, braun oder schwarz – Rot gehört dazu! FOTO: MIK



SCHON SO LANG: Die einen waren noch nicht geboren, als die Lohngleichheit in die Verfassung kam, die andere kämpft schon ein Leben lang für die Gleichstellung von Frau und Mann. Es gibt noch viel zu tun – aber es rollt! FOTOS: MIK, NS



**workfrage:**  
Sind Sie für einen zweiten Frauenstreik am 14. Juni 2019?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

**Die Slam-Poetin Patti Basler liess es krachen:**

«The Seven Sinking Steps? Frei nach Magdalena M.»

**Sinking Step Nr. 1.** Sink nicht ein und fall nicht drein, in den Gender-Gap. Weil es ja mehr als zwei Gender gäb'. Zwischen Mensch und



Men-schinnen gäbe es nicht nur Schwarz und Weiss, sondern mindes-

tens Fifty Shades of Grey und Fifty Grades of Pay. Beim Lohn von Männlich zu Weiblich gibt's nämlich mindestens Seven Sinking Steps.

**Sinking Step Nr. 2.** Frauen müssen immer alles doppelt so gut machen wie Männer. Ist zum Glück nicht ganz so schwer.

**Sinking Step Nr. 3.** Es ist doch wahr, es bleibt immer alles an den Frauen hängen: Organisation des sozialen Lebens, Haushalt und eben alles, was Kinder betrifft. Verhüten, Pille, Gebären, Stillen. Alles bleibt immer an den Frauen hängen. Und früher oder später hängt dann auch alles an den Frauen.

Das ist dann **Sinking Step Nr. 4.**

**Sinking Step Nr. 5.** Das sei bei den Männern nicht anders.

**Sinking Step Nr. 6.** Wir sind Frauenfans. Nicht für die Mann-Schaft, sondern für die Frau-schaft-sowieso-mehr-für-denselben-Lohn. Hooligans sind wir. Wir vergiessen Blut für die Frauen, nicht nur einmal im Monat, sondern immer. Herzblut. Richtige Ultras sind wir. Einmal Fan, immer Fan! Once Ultra, Always Ultra!

**Sinking Step Nr. 7.** Frauen gehören ins Haus. Ins Schulhaus, ins Bankhaus, ins Bundeshaus!»

**Biberli meint:**  
«Nicht lockerlassen, Schwestern!»



**GEGEN DIE SCHNÄBI-DIKTATUR:** Oben ohne gegen die Macho-Kultur inner-

und ausserhalb des Bundeshauses. FOTO: MJK



«Wir werden beide in Branchen einsteigen, in denen man viel arbeitet. Da wollen wir wenigstens den gleichen Lohn wie die Männer.»

DINA BIGLER, JASMIN ULI



«Ein Teil unseres Kampfes gegen das Patriarchat ist, dafür zu sorgen, dass Frauen gleich viel verdienen wie Männer. Gleichstellung kann es nur geben, wenn man sie auf allen Ebenen lebt.»

NORA HUNZIKER



«Gleichberechtigung für alle muss jetzt endlich sein. Für Frauen, für Männer, aber auch für Migranten und Migrantinnen.»

MASSIMO BRANCHER



«Unglaublich, dass die Lohngleichheit noch immer nicht realisiert ist! Wir müssen die Ungerechtigkeit immer wieder aufzeigen und dagegen vorgehen.»

FRANZISKA GREISING



**PARAT UND PRESSANT:** Viel Girl-Power auf dem Bundesplatz. Geduldig und leise war gestern.

FOTOS: MJK, YOSHIKO KUSANO



**FAUST AUS DEM SACK:** Unia-Präsidentin Vania Alleva an der Spitze der Demo der 20 000 für Lohngleichheit und Gleichberechtigung. FOTO: YOSHIKO KUSANO



Wirtschaftslobby versucht, die Lohndiskriminierung zu leugnen

# Der Schuss könnte nach hinten losgehen

Eine HSG-Studie belege, dass die Lohndiskriminierung der Frauen überschätzt werde. Das behaupten diverse Medien sowie FDP- und SVP-Politiker im Bundeshaus. Nur: Das steht in dieser Studie gar nicht drin.

RALPH HUG

20 000 Menschen demonstrieren in Bern für Lohngleichheit. Doch nur zwei Tage später liefern SVP und FDP im Nationalrat Sturm gegen die Revision des Gleichstellungsgesetzes, die auch Massnahmen zur Umsetzung der Lohngleichheit vorsieht. Vorläufiges Fazit: ein zahnloser Beschluss, der Lohnanalysen nur für Betriebe mit über 100 Vollzeitstellen vorschreibt. Das sind nicht mal ein Prozent aller Firmen. Und Sanktionen sind keine vorgesehen.

## FAULE ARGUMENTE

Seit 37 Jahren verbietet die Bundesverfassung Lohndiskriminierung der Frauen. Doch immer noch verdient eine Berufsfrau im Schnitt 7000 Franken pro Jahr weniger. Nur weil sie eine Frau ist. Im ganzen Erwerbsleben macht das 303 000 Franken aus. Das hat work exklusiv berechnen lassen ([rebrand.ly/abaufdiinsel](http://rebrand.ly/abaufdiinsel)). Laut Zahlen des Bundes beträgt der nicht erklärbare Teil des Lohnunterschieds zwischen Mann und Frau 7,4 Prozent. Statt diesen



ZEIG DEINEN LOHN! Lohntransparenz ist der erste Schritt zur Lohngleichheit.

Skandal endlich aus der Welt zu schaffen, greifen die Rechten nun aber die Statistiken des Bundes an. Gesteuert vom Arbeitgeberverband, kramten die Gegner just auf die grosse Demo für Lohngleichheit hin eine Studie der Uni St. Gallen (HSG) aus dem Jahr 2015 hervor. Diese soll angeblich zeigen, dass die Berechnung der Lohndiskriminierung nicht stimme. Die Diskriminierung werde überschätzt, weil die Berufserfahrung als Faktor nicht

Erklärung der Lohnunterschiede rät die Studie ab, weil diese nicht viel bringen. So auch die effektive Berufserfahrung. Diese sei wohl wünschbar, aber aufwendig zu eruiieren. Die HSG-Studie macht ebenfalls klar, dass das Ausmass der Lohndiskriminierung je nach Modellannahmen stark schwanken könne. Und das bei gleichen Daten. Die Spanne reicht von 7,7 bis zu 11,3 Prozent.

## BÖSE ÜBERRASCHUNG

Gemäss dem Berner Büro BASS, das die Grundlagen ausgearbeitet hat, sind die Modellannahmen des Bundes sehr konservativ. Daraus resultiert ein tiefer Diskriminierungswert. Die Wirtschaftslobby, die jetzt gegen die Bundesstatistik anrennt, könnte also eine böse Überraschung erleben, wenn sie am Modell schrauben will. Gut möglich, dass dann ein deutlich höherer Wert als «nur» 7,4 Prozent herauskommt.

Doch das Manöver von rechts ist rein politisch motiviert. Man will die Revision des Gleichstellungsgesetzes unbedingt verhindern. Dazu werden auch die Medien eingespannt. Kurz vor der Debatte im Nationalrat erschienen in verschiedenen Blättern in der ganzen Deutschschweiz Artikel mit dem Titel «Überzeichnet der Bund die Diskriminierung der Frauen?» Eine konzertierte Aktion. Möglich macht sie ein neues Joint Venture der beiden Grossverlage NZZ und AZ. Sie tauschen in den Zeitungen von Aarau über Luzern bis zu St. Gallen Artikel aus.

## Eine konzertierte Aktion gegen die Gleichstellung.

berücksichtigt werde, so die Argumentation.

Und schon trugen die Contras von SVP und FDP diese These ins Parlament. So etwa die beiden Zürcher Politiker Mauro Tuena und Ruedi Noser. Tuena streitet sogar ab, dass es überhaupt eine Lohndiskriminierung gebe. Ähnlich tönt der Berner Freisinnige Christian Wasserfallen. Man solle nur noch von «Lohnunterschieden» sprechen, und nicht von «Lohndiskriminierung».

Das Dumme nur: Wasserfallen & Co. haben die HSG-Studie offensichtlich nicht richtig gelesen. Sie attestiert dem Bund nämlich ausdrücklich Korrektheit: «Die statistische Methode entspricht dem Stand der Wissenschaft.» Von der Aufnahme weiterer Faktoren zur

INSERAT

## Das work-Frauen-Bilder-Lesebuch erzählt und zeigt:

- Der grosse Lohnschiss an den Frauen in Franken und Rappen
- Wie aus Pussyhats auch #MeToo wurde
- Die Schweizer Frauenpower-Ikonen
- Das Frauenwunderland Island
- Das grosse Bundesrätinnen-Schrumpfen
- Auf dem Weg zum zweiten Frauenstreik ...und vieles andere mehr!

Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung!



Jetzt gratis bestellen per Mail an [frauen@unia.ch](mailto:frauen@unia.ch) oder brieflich an Unia-Zentralsekretariat, Abteilung VIP, Postfach 272, 3000 Bern 15

Wirtschaftslobby versucht, die Lohndiskriminierung zu leugnen

# Der Schuss könnte nach hinten losgehen

Eine HSG-Studie belege, dass die Lohndiskriminierung der Frauen überschätzt werde. Das behaupten diverse Medien sowie FDP- und SVP-Politiker im Bundeshaus. Nur: Das steht in dieser Studie gar nicht drin.

RALPH HUG

20 000 Menschen demonstrieren in Bern für Lohngleichheit. Doch nur zwei Tage später liefern SVP und FDP im Nationalrat Sturm gegen die Revision des Gleichstellungsgesetzes, die auch Massnahmen zur Umsetzung der Lohngleichheit vorsieht. Vorläufiges Fazit: ein zahnloser Beschluss, der Lohnanalysen nur für Betriebe mit über 100 Vollzeitstellen vorschreibt. Das sind nicht mal ein Prozent aller Firmen. Und Sanktionen sind keine vorgesehen.

## FAULE ARGUMENTE

Seit 37 Jahren verbietet die Bundesverfassung Lohndiskriminierung der Frauen. Doch immer noch verdient eine Berufsfrau im Schnitt 7000 Franken pro Jahr weniger. Nur weil sie eine Frau ist. Im ganzen Erwerbsleben macht das 303 000 Franken aus. Das hat work exklusiv berechnen lassen ([rebrand.ly/abaufdielinsel](http://rebrand.ly/abaufdielinsel)). Laut Zahlen des Bundes beträgt der nicht erklärbare Teil des Lohnunterschieds zwischen Mann und Frau 7,4 Prozent. Statt diesen

**ZEIG DEINEN LOHN!** Lohntransparenz ist der erste Schritt zur Lohngleichheit.



Skandal endlich aus der Welt zu schaffen, greifen die Rechten nun aber die Statistiken des Bundes an. Gesteuert vom Arbeitgeberverband, kramten die Gegner just auf die grosse Demo für Lohngleichheit hin eine Studie der Uni St. Gallen (HSG) aus dem Jahr 2015 hervor. Diese soll angeblich zeigen, dass die Berechnung der Lohndiskriminierung nicht stimme. Die Diskriminierung werde überschätzt, weil die Berufserfahrung als Faktor nicht

## Eine konzertierte Aktion gegen die Gleichstellung.

berücksichtigt werde, so die Argumentation.

Und schon trugen die Contras von SVP und FDP diese These ins Parlament. So etwa die beiden Zürcher Politiker Mauro Tuena und Ruedi Noser. Tuena streitet sogar ab, dass es überhaupt eine Lohndiskriminierung gebe. Ähnlich tönt der Berner Freisinnige Christian Wasserfallen. Man solle nur noch von «Lohnunterschieden» sprechen, und nicht von «Lohndiskriminierung».

Das Dumme nur: Wasserfallen & Co. haben die HSG-Studie offensichtlich nicht richtig gelesen. Sie attestiert dem Bund nämlich ausdrücklich Korrektheit: «Die statistische Methode entspricht dem Stand der Wissenschaft.» Von der Aufnahme weiterer Faktoren zur

Erklärung der Lohnunterschiede rät die Studie ab, weil diese nicht viel bringen. So auch die effektive Berufserfahrung. Diese sei wohl wünschbar, aber aufwendig zu eruiieren. Die HSG-Studie macht ebenfalls klar, dass das Ausmass der Lohndiskriminierung je nach Modellannahmen stark schwanken könne. Und das bei gleichen Daten. Die Spanne reicht von 7,7 bis zu 11,3 Prozent.

## BÖSE ÜBERRASCHUNG

Gemäss dem Berner Büro BASS, das die Grundlagen ausgearbeitet hat, sind die Modellannahmen des Bundes sehr konservativ. Daraus resultiert ein tiefer Diskriminierungswert. Die Wirtschaftslobby, die jetzt gegen die Bundesstatistik anrennt, könnte also eine böse Überraschung erleben, wenn sie am Modell schrauben will. Gut möglich, dass dann ein deutlich höherer Wert als «nur» 7,4 Prozent herauskommt.

Doch das Manöver von rechts ist rein politisch motiviert. Man will die Revision des Gleichstellungsgesetzes unbedingt verhindern. Dazu werden auch die Medien eingespannt. Kurz vor der Debatte im Nationalrat erschienen in verschiedenen Blättern in der ganzen Deutschschweiz Artikel mit dem Titel «Überzeichnet der Bund die Diskriminierung der Frauen?» Eine konzertierte Aktion. Möglich macht sie ein neues Joint Venture der beiden Grossverlage NZZ und AZ. Sie tauschen in den Zeitungen von Aarau über Luzern bis zu St. Gallen Artikel aus.

INSERAT

## Das work-Frauen-Bilder-Lesebuch erzählt und zeigt:

- Der grosse Lohnschiss an den Frauen in Franken und Rappen
- Wie aus Pussyhats auch #MeToo wurde
- Die Schweizer Frauenpower-Ikonen
- Das Frauenwunderland Island
- Das grosse Bundesrätinnen-Schrumpfen
- Auf dem Weg zum zweiten Frauenstreik ...und vieles andere mehr!

Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung!



Jetzt gratis bestellen per Mail an [frauen@unia.ch](mailto:frauen@unia.ch) oder brieflich an Unia-Zentralsekretariat, Abteilung VIP, Postfach 272, 3000 Bern 15



**Das offene Ohr**

**Nicole Debrunner**  
von der Unia-Arbeitslosenkasse  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Arbeitslosenkasse I: Rückzahlung nach der Abmeldung?

Ich war eine gewisse Zeit arbeitslos, inzwischen habe ich jedoch eine neue Stelle gefunden und mich deshalb von der Arbeitslosungsvermittlung abgemeldet. Zwei Monate danach habe ich eine Verfügung des RAV erhalten, wonach ich während meiner Arbeitslosigkeit angeblich einem Kontrollgespräch unentschuldig ferngeblieben sei. Ich habe deswegen vom RAV 8 Straftage erhalten, für die ich keinen Anspruch auf Taggelder habe. Dabei bin ich doch bereits abgemeldet. Darüber hinaus fordert nun auch die Arbeitslosenkasse die bereits ausbezahlte Arbeitslosenentschädigung für diesen Zeitraum zurück. Ist dieses Vorgehen korrekt?

**NICOLE DEBRUNNER:** Ja. Das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) kann versicherte Personen auch erst nach der Abmeldung sanktionieren. Ein solches Vorgehen ist rechtmässig. Eine Sanktion muss aber spätestens 6 Monate ab dem Datum des fehlbaren Verhaltens ausgesprochen und innerhalb dieser Frist vollzogen werden. Die versicherte Person hat aufgrund dieser Sanktionen



FOTO: KEVSTONE

**STRAFTAGE:** Bis zu 6 Monate nach der Abmeldung darf das RAV noch sanktionieren.

während einer gewissen Dauer keinen Anspruch auf Taggelder. Deshalb streicht die Arbeitslosenkasse die entsprechende Anzahl Taggelder, das heisst, sie zahlt während der Sanktionsdauer kein Geld aus. Ist die versicherte Person in der Zwischenzeit aber bereits abgemeldet, so kann sie die Taggelder nicht mehr verrechnen, sondern muss sie zurückfordern. Wenn Sie mit der Rückforderung nicht einverstanden sind, müssen Sie sowohl gegen die Rückforderungsverfügung der Kasse wie auch gegen die Einstellungsverfügung des RAV innert Frist (30 Tage nach Empfang der Verfügung) Einsprache erheben.

## Arbeitslosenkasse II: Sind 18 Einstelltage erlaubt?

Ich bin seit längerem arbeitslos. Da ich unglücklicherweise ständig nur Absagen auf meine Bewerbungen erhalte, habe ich letzten Monat weniger Bewerbungen verschickt, als mein RAV-Berater von mir verlangt hat. Zusätzlich habe ich sie erneut verspätet eingereicht. Deswegen erhalte ich nun 18 Straftage, für die ich keinen Anspruch auf Taggelder habe. Das erscheint mir hoch, und ich frage mich, ob das Vorgehen des RAV korrekt sei.

**NICOLE DEBRUNNER:** Ja, das ist es. Als versicherte Person müssen Sie die Ihnen auferlegten Pflichten erfüllen. Das heisst, Sie müssen die mit Ihrem RAV-Berater vereinbarte Anzahl Arbeitsbemühungen innerhalb der vereinbarten Frist einreichen. Das Nichteinhalten wird entsprechend bestraft. Für die Bemessung der Höhe der Sanktion orientieren sich die Arbeitslosenversicherungen am sogenannten Einstellraster des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Sie erhalten demnach 3 bis 4 Einstelltage, wenn sie zum ersten Mal zu wenig Arbeitsbemühungen eingereicht haben. Dazu kommt, dass Sie Ihre Arbeitsbemühungen zum wiederholten Mal verspätet verschickt haben. Dafür sind 10 bis 19 Einstelltage vorgesehen. Die höchstmögliche Sanktionsdauer beträgt demnach 23 Tage, die niedrigste 13 Tage. Wie Sie sehen können, liegt die Ihnen gegenüber verhängte Sanktion in der Mitte und ist daher korrekt.

Wann eine Kündigung missbräuchlich ist

# Hire and fire? Die Willkür

**In der Schweiz gilt die Kündigungsfreiheit. Aber nicht alles ist erlaubt: Eine Kündigung kann zur Unzeit erfolgen oder missbräuchlich sein. Dann gibt's Aufschub oder eine Entschädigung.**

MARTIN JAKOB

«Sehr geehrte Frau Moser, leider sehen wir uns gezwungen, das Arbeitsverhältnis mit Ihnen per 31. Dezember 2018 aufzulösen. Wir wünschen Ihnen alles Gute für die Zukunft. Mit freundlichen Grüßen.» In der Schweiz haben Firmen das Recht, ohne Angabe eines Grundes zu kündigen. Aber welche Rechte haben Sie als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer? Kommt darauf an, wann die Kündigung erfolgt und was dahintersteckt.

### KÜNDIGUNG ZUR UNZEIT

Zunächst sind da die klaren Fälle. Kündigungen, die zur Unzeit ausgesprochen werden, sind nichtig. «Zur Unzeit» heisst:

- während des Militär- oder Zivildienstes,
- während Absenzen infolge Krankheit oder Unfalls – im ersten Dienstjahr während 30 Tagen, bis zum fünften Dienstjahr während 90 Tagen und danach während 180 Tagen,
- während der Schwangerschaft und in den ersten 16 Wochen nach der Geburt.

Allerdings bedeutet das Verbot der Kündigung zur Unzeit nur einen Aufschub: Nach Ende der Sperrfristen kann die Firma erneut kündigen.

### WAS WAR DER GRUND?

Das Prinzip der Kündigungsfreiheit ist zwar eine der heiligen Kühe bürgerlicher Politik. Um dem fröhlichen «hire and fire» (anstellen und entlassen) dennoch Grenzen zu setzen, gibt es im Obligationenrecht (OR) den Artikel 336 über die missbräuchliche Kündigung. Darin ist aufgelistet, wann eine Kündigung als missbräuchlich gilt. Hier die wichtigsten Gründe:

- Wegen einer Eigenschaft, die Ihnen kraft Ihrer Persönlichkeit zusteht und die nichts mit Ihrer Arbeit zu tun hat. Damit sind etwa das Geschlecht, die Nationalität, körperliche Merkmale oder die

Religion gemeint. Beispiel: Sie tragen als gläubige Muslimin ein Kopftuch, und Sie erhalten die Kündigung, weil sie sich weigern, darauf zu verzichten.

- Weil Sie ein verfassungsmässiges Recht ausüben. Beispiel: Sie sind nicht einverstanden mit den neuen Arbeitsabläufen und bringen Ihre Kritik bei den Vorgesetzten mit sachlichen Argumenten an. Oder Sie weigern sich, einen

### Eine Kündigung kurz vor Pensionierung kann missbräuchlich sein.

Auftrag auszuführen, der Sie selbst oder Dritte gefährden würde.

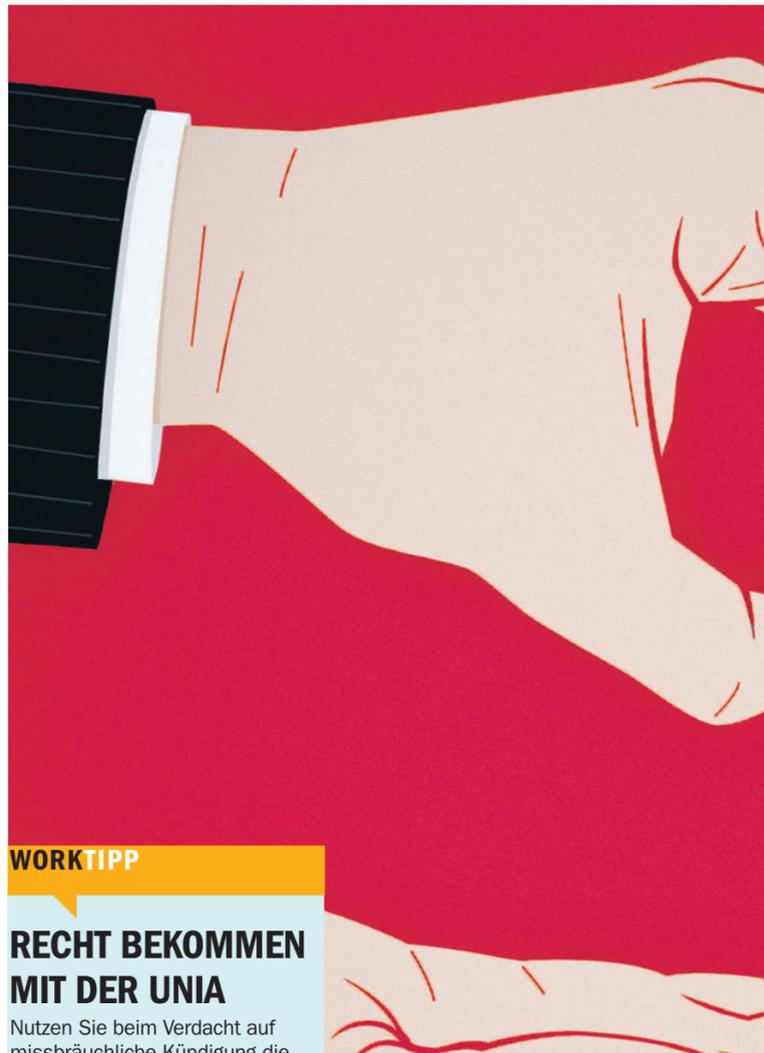
- Weil Sie sich in einer Gewerkschaft engagieren und/oder gewähltes Mitglied einer Arbeitnehmervertretung sind. Beispiel: Sie sind Vertrauensperson der Unia.
- Wenn die Firma kündigt, um Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis zu vereiteln. Beispiel: Sie werden auf Ende November nur deshalb vor die Türe gestellt, damit Ihnen im Dezember die Gratifikation nicht ausbezahlt werden muss.

- Weil Sie Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis geltend machen. Beispiel: Sie fordern ausstehenden Lohn ein.

Bereits in verschiedenen Urteilen haben die Gerichte klagenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern recht gegeben, die eine Kündigung nach lang dauerndem Arbeitsverhältnis als missbräuchlich einklagten: Wer sich ein Leben lang für seine Firma eingesetzt habe, dürfe nicht aus fadenscheinigen Gründen kurze Zeit vor der Pensionierung an die Luft gesetzt werden. Hier gelte in besonderem Mass die Fürsorgepflicht der Arbeitgeberseite.

### HEIKLE BEWEISFÜHRUNG

Falls Sie überzeugt sind, dass Ihre Kündigung missbräuchlich ist, legt Ihnen das Schweizer Recht



### WORKTIPP

## RECHT BEKOMMEN MIT DER UNIA

Nutzen Sie beim Verdacht auf missbräuchliche Kündigung die Vorteile Ihrer Unia-Mitgliedschaft, und beanspruchen Sie die Rechtsberatung in Ihrer Unia-Regionalstelle! Die Erfahrung der juristisch geschulten Beraterinnen und Berater hilft Ihnen, Ihre Chancen richtig einzuschätzen und das geeignete Vorgehen zu wählen.

**GEFEUERT:** Ist die Kündigung missbräuchlich,

klärenden Gespräch mit Rücknahme der Kündigung oder mit einer anderen Einigung, die Sie zufriedenstellt, ist die Kündigung gültig. Denn die Einsprache kann eine Kündigung weder aufheben noch aufschieben.

- Innert 180 Tagen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses müssen Sie Klage einreichen, die Klage begründen und Ihre Entschädigungsforderung beziffern. Nach Gesetz kann diese Entschädigung maximal die Höhe von sechs Monatslöhnen betragen. Bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken ist das Arbeitsgericht zuständig, und es fallen keine Gerichtskosten an. Bei höherem Streitwert

nicht gerade den roten Teppich aus. Denn es liegt an Ihnen, die Missbräuchlichkeit geltend zu machen und den Beweis dafür zu erbringen. So gehen Sie vor:

- Erheben Sie noch während der Kündigungsfrist Einsprache gegen die Kündigung und teilen Sie mit, dass Sie diese als missbräuchlich betrachten. Einen Musterbrief dafür finden Sie hier: [rebrand.ly/einsprache](http://rebrand.ly/einsprache). Kommt es nicht zum



**GESUNDER SNACK:** Schmackhafte Rohkost, ob Gemüse oder Früchte, tut auch in der Pause gut – und kurbelt die Produktion von Glückshormonen an. FOTO: ISTOCK

## Tipps für Znüni und Zvieri Und in der Pause

**Ein Buttergipfeli und ein Schoggistängeli: Sieht so Ihr Pausensnack aus? Es gibt Alternativen, die gesünder sind – und erst noch die Laune heben.**

MARTIN JAKOB

«Liebe geht durch den Magen.» Ein Sprichwort, das alle kennen. Ebenso die Redewendung vom Ärger, der auf den Magen schlägt. Tatsächlich beeinflussen Gefühle das Geschehen in der Chemiefabrik unseres Körpers. Und im Gegenzug beeinflusst die Ernährung auch unseren Gefühlshaushalt.

Gefühle entstehen zwar im Gehirn. Aber sie werden durch bestimmte Botenstoffe aus der Nahrung gesteuert. Man nennt sie Neurotransmitter. Sechs davon gibt es, und das

prominenteste von ihnen ist das Serotonin, auch Glückshormon genannt. Ist der Serotoninspiegel im Gehirn zu niedrig, kippt die Laune. Steigt die Zufuhr, hellt sich die Stimmung hingegen auf. Die Medizin macht sich diese Erkenntnis

### Das Hirn freut sich auf eine Extraportion Glückshormone.

schon lange zunutze: Viele Medikamente gegen Depressionen enthalten Wirkstoffe, die den Serotoninspiegel erhöhen.

**LOB DES KÄSEBROTCHS.** Im Normalfall braucht jedoch niemand zur Pille zu greifen. Ausgewogene Ernährung versorgt den Körper genügend mit dem

# hat Grenzen



haben Sie Anrecht auf Entschädigung von bis zu sechs Monatslöhnen. ILLUSTRATION: GETTY

urteilt das ordentliche Zivilgericht – mit Kostenfolge. Da wird's also schon knifflig: wie begründen, wie viel fordern? Und dass Ihnen die Gegenseite in der Verhandlung aus der Hand frisst, ist auch nicht zu erwarten. Sie

## Das Gericht verlangt Beweise. Sie vorzulegen ist oft nicht einfach.

wird versuchen zu belegen, dass jene Kündigungsgründe, die Sie als ursächlich und missbräuchlich beanstanden, gar nicht ausschlaggebend gewesen seien. Mit der Abwägung der Argumente tun

sich auch die Gerichte oft nicht leicht; ein Verfahren zieht sich deshalb womöglich über mehrere Instanzen. Deshalb ist der Beizug von Experten in jedem Fall zu empfehlen (siehe worktipp).

## DIE KÜNDIGUNG BLEIBT

Auch wenn Sie eine Entschädigung erstreiten: der Job ist verloren. Ausser in der Privatwirtschaft bei Gleichstellungsklagen (siehe Seite 7). Lassen Sie sich deshalb vom laufenden Verfahren nicht davon abhalten, sich beruflich neu zu orientieren. Für Ihre Bewerbung haben Sie vom früheren Arbeitgeber ein Recht auf ein faires Arbeitszeugnis.

## FRISTLOS ENTLASSEN

# WICHTIGE GRÜNDE SIND NÖTIG

Auch eine fristlose Entlassung müssen Sie nicht einfach hinnehmen. Nach Artikel 337 OR braucht es «wichtige Gründe», damit die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses als per sofort «nicht mehr zumutbar» gilt. Darunter fallen strafbare Handlungen wie Diebstahl, Betrug, Bestechung, Tötlichkeiten und Beschimpfungen, aber auch Konkurrenzierung der Firma oder wiederholte Arbeitsverweigerung. Bestreiten Sie den Kündigungsgrund, können Sie wie folgt vorgehen: zuerst schriftlich protestieren und danach, falls keine Einigung zustande kommt, klagen. Das Recht auf eine Klage verjährt erst nach fünf Jahren. Hat Ihre Klage Erfolg, spricht Ihnen das Gericht die Lohnfortzahlung bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist zu, allenfalls auch eine zusätzliche Entschädigung.

**VERWARNUNG NÖTIG.** Oft beurteilen die Gerichte eine fristlose Entlassung als nicht gerechtfertigt, weil ihr keine Abmahnung vorausging. Findet Ihr Chef zum Beispiel, Sie führten zu viele private Telefonate, Sie seien zu oft privat im Internet unterwegs oder Ihr Alkoholkonsum sei zu hoch, muss er zunächst das Gespräch mit Ihnen suchen und eine Verwarnung aussprechen. So haben Sie Gelegenheit, Stellung zu beziehen und Ihr Verhalten zu korrigieren, wenn Kritik gerechtfertigt war. (mj)

# ein Gute-Laune-Kick

Baustoff Tryptophan, aus dem das Serotonin gebildet wird. Und für den Gute-Laune-Kick sorgen jene Lebensmittel, die besonders viel vom Eiweissstoff Tryptophan enthalten: so zum Beispiel Käse, Cashewkerne, Nüsse, Soyabohnen.

Ein Sandwich mit Vollkorn- oder Dinkelbrot, Käse und Ei ist der guten Laune deshalb zuträglicher als das Weissmehlgipfeli mit Schoggistängeli. Denn Weissmehl und Schokolade sind nicht nur weniger wirksam für die Serotoninproduktion, sie lassen auch den Blutzuckerspiegel hochschnellen und sättigen nicht nachhaltig.

**FRÜCHTE UND SALATE.** Für die Produktion von Neurotransmittern wie Serotonin spielt auch

das Vitamin C eine wichtige Rolle. Es kommt vor allem in pflanzlichen Produkten wie Zitrusfrüchten, Kiwi, Hagebutten, Sanddorn, aber auch in Peperoni, Fenchel, Petersilie

## Wer seinen Apfel schält, wirft viele Vitamine fort.

und grünem Blattgemüse vor. Am besten werden diese Lebensmittel roh genossen, denn Vitamin C reagiert empfindlich auf Wärme.

Die Znüni-Klassiker Banane und Apfel enthalten zwar vergleichsweise wenig Vitamin C, zusätzlich aber einen besonders reichhaltigen Vitamin-Cocktail. Aber den Apfel lieber nicht schälen: bis zu siebzig Prozent der Vitamine befinden

sich in der Schale und unmitelbar darunter!

**SALAT IM GLAS.** Ein Käsebrot, eine Handvoll Nüsse, eine frische Frucht – alles gesund. Aber manchen vielleicht etwas gar altbacken. Wer's gern gesund und zugleich trendy hat, mixt sich zur Pause seinen Salat im Glas: seinen grünen Smoothie. Der besteht aus 40 Prozent Früchten (Sorte nach Belieben) und 60 Prozent Gemüse. Gut eignen sich Spinat, Mangold, Nüsslisalat, Avocado, Gurke, Petersilie, Kresse, Löwenzahn und Brennnessel, ungeeignet ist stärkehaltiges Gemüse wie Kohlrabi, Rüebli oder Randen.

Rezepte finden Sie im Internet (suchen nach «green smoothies») in rohen, sorry: in rauhen Mengen!

## REZEPT

# SMOOTHIE IN GRÜN

Für diesen Avocado-Ananas-Smoothie (250 ml) verwenden Sie

- 1 Stück Gurke
- ½ Avocado
- 1 Scheibe Ananas
- 1 Handvoll frischen Nüsslisalat
- Wasser

Ausser dem Nüsslisalat alle Zutaten zerkleinern. Gemüse und Ananas in den Mixer geben. Mit etwas Wasser aufgiessen bis zur gewünschten Konsistenz.



FOTO: ISTOCK

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**GANZ SCHÖN KOMPLIZIERT:** Gibt das Smartphone Rätsel auf? Rätsel lassen sich auch durch Tüfteln lösen. Bequemer ist aber der Griff zum digitalen Benutzerhandbuch. FOTO: DREAMSTIME

# Hier geht's zur Anleitung für Ihr Handy

Computer und Smartphones werden heute ohne Bedienungsanleitung geliefert. Hilfe finden Sie auf den Websites der Hersteller. Dort gibt es detaillierte Anleitungen zu fast jedem Gerät. Mit den folgenden Links gelangen Sie direkt an die richtige Stelle:

**IPHONE-BETRIEBSSYSTEM IOS 11:** [rebrand.ly/ios11anleitung](http://rebrand.ly/ios11anleitung) – Die Anleitung können Sie mit der App iBooks

(auf dem iPhone vorinstalliert) aufs Handy laden. Suchen Sie dann in der App nach «iPhone Benutzerhandbuch».

**ANDROID-SMARTPHONES:** [rebrand.ly/androidanleitung](http://rebrand.ly/androidanleitung) – Bei Android-Handys unterscheidet sich das Betriebssystem meist leicht von einem Handymodell zum anderen. Kommt dazu: Nicht alle Hersteller stellen zu ihren Handys Anleitungen ins Internet. Auf dieser Seite finden Sie aber zu sehr vielen Modellen eine Anleitung.

**PC-BETRIEBSSYSTEM WINDOWS 10:** [rebrand.ly/windowsanleitung](http://rebrand.ly/windowsanleitung) – Zu Windows 10 gibt es keine offiziellen Handbücher im Internet. Dafür finden sich Videoclips zu verschiedenen Themen. Diese sind vor allem für Anfänger nützlich.

**MAC-BETRIEBSSYSTEM HIGH SIERRA:** [rebrand.ly/macanleitung](http://rebrand.ly/macanleitung) – Geben Sie oben auf der Seite an, ob Sie ein Notebook oder einen Desktop-Computer besitzen. Suchen Sie Ihr Gerät und klicken Sie auf «Web».

MARC MAIR-NOACK

# Reka-Ferien für 200 Franken Beizeiten anmelden!

**Auch 2019 offeriert Reka 1000 Familien mit bescheidenem Einkommen eine Ferienwoche zum Extrapreis. Mitte Oktober startet die Ausschreibung.**

Gerade reicht's für Miete, Haushalt, Pendler-Abo und Krankenkasse. Aber von Ferien können Sie nur träumen? Da hilft Reka weiter. 200 Franken kostet die Schweizer Ferienwoche für Wenigverdiener.

**REISE INBEGRIFFEN.** Miete sowie An- und Rückreise sind in diesen 200 Franken inbegriffen. Interessenten können Wunschdestinationen nennen, Reka erfüllt die Wünsche je nach Verfügbarkeit. Als Alternative besteht auch die Möglichkeit, eine Woche in einer Jugendherberge zu verbringen. Profitie-

ren können Familien und Alleinerziehende mit Kindern unter 16 Jahren, deren Jahreseinkommen maximal 60 000 Franken (Alleinerziehende 50 000



**FAMILIENSINN:** Reka ermöglicht Ferien ohne Geldsorgen. FOTO: REKA

Franken) beträgt. Ab dem zweiten Kind erhöht sich die Limite um 5000 Franken pro Kind.

Möchten Sie vom Reka-Angebot 2019 profitieren? Melden Sie Ihr Interesse frühzeitig an. Den Fragebogen dazu finden Sie ab Mitte Oktober auf [reka.ch](http://reka.ch) unter «Sozialangebote». (mj)



**WORKLESERFOTO**



**100 Jahre Willi Ritschard: Peter Bichsel tanzt**

**WANN** 16. September 2018  
**WO** Balmberg SO  
**WAS** An einer Gedenkveranstaltung für Bundesrat Willi Ritschard tanzt Autor Peter Bichsel mit Franziska Roth, SP-Präsidentin Kanton Solothurn.  
**Fotografiert von Beat Schaffer, Biel**

**WORKFRAGE VOM 14.9.2018**

**Was denken Sie über die Kampagne für mehr Lohntransparenz?**

**HEUCHLER**  
 Seit 38 Jahren steht die Lohngleichheit in der Verfassung. Ein glasklarer Auftrag, dessen Umsetzung die Rechten verweigern. Gerade die SVP, die sonst bei jeder Gelegenheit vom «Volch» und seinen (vermeintlichen) Aufträgen schwafelt, gehört zu den grössten Bremserinnen. Eine Heuchlerpartei sondergleichen!

CHANTAL SOLLBERGER, PER MAIL

**TABU BRECHEN**  
 Das in der Schweiz besonders ausgeprägte Tabu, über seinen Lohn zu reden, nützt einzig und allein den Arbeitgebern. Diese scheuen Lohntransparenz wie der Teufel das Weihwasser. Es ist höchste Zeit, dass wir die falsche Scham, über den eigenen Lohn zu reden, ablegen.

KARL STUDER, LUZERN

**EIGENARTIG**  
 Während es sich für Lohnabhängige nicht gehören soll, über den eigenen Lohn zu reden, protzen die Abzockermanager mit ihren Millionen. Eigenartig, eigenartig! Wem das wohl dient?

MARA SIEGENTHALER, PER MAIL

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an [work.Redaktion.Leserbriefe.Gewerkschaft.Unia@post.ch](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe.Gewerkschaft.Unia@post.ch), Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

**WORKPOST**

### Fernando Muttis multiple Mutationen

**Eine richtige Räubergeschichte:** So stieg wie Geschäftsführer Fernando Muttis (55) seine Firmen in den Ruin schickt, können Behörden und Gerichte gar nicht arbeiten. Zurück bleiben die Angestellten und die Lieferanten, ohne Lohn und ohne Geld.

**WIRTSCHAFT**  
 «Merkmal ist es immer, ein breites Netz zu empfangen, nicht der Chef seinen Angestellten. Damit man es in der Hand hat, wenn man nicht fragt. Fernando Muttis verdrängt sich in seiner eigenen Firma. Muttis ist ein Mann, der die Lieferanten einer Gesellschaft wie einen Koffer in der Hand hält und sich selbst als einen Mann, der die Lieferanten einer Gesellschaft wie einen Koffer in der Hand hält und sich selbst als einen Mann, der die Lieferanten einer Gesellschaft wie einen Koffer in der Hand hält...»

### eines Haarabschneiders

Im Geschäftsbereich von Fernando Muttis (55) werden Firmen vertrieben. Diese Firmen sind jedoch, wie die Mitarbeiterinnen, welche sich ab dem 1. September 2018, dem Tag der Betriebsübergang, nicht mehr an Fernando Muttis (55) angeschlossen haben. Der Mann gehörige Lohn ist seit 1. September 2018 nicht mehr bezahlt. Muttis ist ein Mann, der die Lieferanten einer Gesellschaft wie einen Koffer in der Hand hält und sich selbst als einen Mann, der die Lieferanten einer Gesellschaft wie einen Koffer in der Hand hält...»

**WORK 15 / 14.9.2018: FERNANDO MUTTIS MULTIPLE MUTATIONEN**

**Unverfroren**

Was für eine Nummer, dieser Mutti! Wenn nicht die (Ex-)Angestellten unter seinen Machenschaften zu leiden hätten, man könnte glatt schmunzeln über so viel Unverfrorenheit.

ANDRES HARDEGGER, PER MAIL

**Banken machen es vor**

Dieser Mutti scheint ein Schlawiner zu sein, und einige Menschen warten auf ihr Geld. Das ist un schön, aber nicht untypisch. – Übrigens: gerade hat der Nationalrat beschlossen, dass kriminelle Banken und andere Konzerne ihre im Ausland eingefangenen Bussen in der Schweiz von den Steuern abziehen können. Das heisst: wir «normale» Steuerzahlende müssen für die Gaunereien der Bankster

bezahlen. Verbrechen lohnt sich eben doch – wenn es Wirtschaftsverbrechen sind.

VERENA ANGELA KÄMPF, WINTERTHUR

**WORK 15 / 14.9.2018: 2x JA GEGEN PREKÄRE JOBS IN DER LANDWIRTSCHAFT**

**Hauptsache mehr Profit**

Gottlieb Duttweiler hätte wohl kaum Freude, wenn er die Haltung der blendend verdienenden Migros-Manager gegenüber der Fair-Food-Initiative erfahren müsste. Die negative Stellungnahme der Migros steht im krassen Widerspruch zur tierfreundlichen Dauerwerbung des orangen Riesen. Da spazieren glücklich gackernde Hühner aus dem Laden, herzige Bergbuben streicheln Geissli und Schäfli. Aber in der Produktion spielt das Tierleid keine Rolle. Die allerbilligsten Käfig-Eier, fensterlose Tierfabriken und unanständig tiefe Löhne für

Erntehelfer sollen mithelfen, die Migros-Gewinne unbescholen von den Produktionsmethoden anzukurbeln. Wollen das alle Migros-Besitzer wirklich?

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

**WORK 15 / 14.9.2018: WAFFEN-EXPORTE: JETZT KOMMT DIE KORREKTUR-INITIATIVE**

**Achtung: Atombombe!**

Jetzt soll auch Kriegsmaterial in Bürgerkriegsländer geliefert werden dürfen. Bisher wurden «nur» an immer wieder kriegführende Länder Schweizer Waffen verkauft, an die USA und andere Nato-Staaten, aber auch an Saudiarabien, die Emirate usw. Dazu passt, dass der Bundesrat den Uno-Vertrag für ein umfassendes Atomwaffenverbot nicht unterzeichnet, wie er Mitte August 2018 mitteilte. Bundesrat Guy Parmelin begründet dies mit der «stabilisierenden Wirkung von Atomwaffen». Das ist aus Sicht der bisherigen Atomwaffenpolitik Berns «verständlich». Mit dem Segen des Bundesrates investieren nämlich die Nationalbank, Schweizer Banken und Pensionskassen in Konzerne, die an der Produktion von Atomwaffen beteiligt sind. Obwohl das Kriegsmaterial direkte und indirekte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von ABC-Waffen verbietet. Auch meine Pensionskasse der SBB investiert in Konzerne, die an der Produktion von Atomwaffen beteiligt sind. Die Kasse schrieb mir: «Die Politik hält auch fest, dass die erwartete Rendite des Anlageportfolios durch entsprechende Einschränkungen nicht geschmälert

werden darf, da das finanzielle Ziel, gute und nachhaltige Renditen zu erwirtschaften, vorgängig ist.»

HEINRICH FREI, PER MAIL

**Wie naiv kann man sein?**

Stellen Sie sich vor: Es herrscht Krieg oder Bürgerkrieg. Die verfeindeten Parteien kaufen für sehr viel Geld teures Kriegsmaterial. Sie stellen dieses irgendwo ab und lassen es verrotten. Wie naiv sind eigentliche unsere bürgerlichen Parlamentarier?

KLAUS GASSER, PER MAIL

**WORK 15 / 14.9.2018: «WENN E POLITIKER LÜGT, MUES AR INTELLIGÄNT SII»**

**Gefühlvoll**

Sehr schöne und gefühlvolle Würdigung von Willi Ritschard durch Oswald Sigg.

ANNA HOFER, THUN

**Falsches Lob**

Es ist zur ärgerlichen Sitte geworden, dass Rechte Ritschard als «noch richtigen Sozialdemokraten» loben. Sie meinen damit: er war kein Linker. Das ist falsch: Willi war ein Linker – auch wenn er in einigen Irrtümern dem damaligen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Zeitgeist verhaftet gewesen ist (z. B. Kontingentspolitik und Atomkraft). Wir lassen uns unseren Willi nicht stehlen!

KLAUS LEUENBERGER, PER MAIL

## workquiz ?

### Wie gut sind Sie?

- Schneider-Ammann: Was sagt der scheidende Wirtschaftsminister über Industriepolitik?**
  - a) Das ist Chabis?
  - b) Das ist Chäs?
  - c) Das ist Chutzemisch?
  - d) Das ist Chalberei?
- Schneider-Ammann: Was sagt der scheidende Wirtschaftsminister übers Lachen?**
  - a) Das ist gut für die Ödtheit?
  - b) Das ist gut für die Gesundheit?
  - c) Das ist gut für die Schneeblindheit?
  - d) Das ist gut für die Zentralverarbeitungseinheit?
- Schneider-Ammann: Was sagt der scheidende Wirtschaftsminister über die Vorzüge der Personenfreizügigkeit?**
  - a) Da ist Ordnung im Strumpf?
  - b) Da ist Ordnung im Stöckli?
  - c) Da ist Ordnung im Stau?
  - d) Da ist Ordnung im Stall?
- Schneider-Ammann: Was sagt der scheidende Wirtschaftsminister sehr gerne?**
  - a) Om?
  - b) Öhm?
  - c) Äh?
  - d) Ähm?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1a, 2b, 3d, 4c

FOTO: KEYSTONE

work-Drucker **Tyrone Stevenson** (48) sorgt sich um die Zukunft seines Berufs

# «Bei uns geht es noch um Handwerk»

**Das ist schon eine Überraschung: In der St. Galler Druckerei der NZZ druckt ein Australier unsere Zeitung. Tyrone Stevenson hofft, dass er es noch lange machen könne.**

MICHAEL STÖTZEL | FOTOS STEFAN BÖSCH

Tyrone Stevenson macht eine Bemerkung, die nicht zu dem passt, was über die Entwicklung des Druckgewerbes behauptet wird. Über die neuen Druckmaschinen, die zunehmende Automatisierung, die den Druckern die Arbeit erleichtern solle. Denn die Maschinen, heisst es, könnten immer mehr Aufgaben übernehmen, die bisher nur gut ausgebildete Berufsleute leisten konnten. Doch Drucker Stevenson sagt: «Bei uns geht es schon noch um Handwerk.»

**VERSCHMIERTE FARBE.** Donnerstagmorgen, Frühschicht in der NZZ-Druckerei in St. Gallen, die neue Ausgabe unserer Zeitung work wird von Stevenson und zwei Kollegen gedruckt. Einer besorgt in der Etage unter dem Maschinenraum den Papiernachschub. Die beiden anderen machen die Maschine parat. Zweierlei hebt Stevenson dabei hervor: die Montage der Platten und die Farbeinstellung. Er sagt: «Unsere Maschine ist 15 Jahre alt, sie kann noch nicht die Farben automatisch einstellen.» Er sagt es nicht, aber man ahnt: Darüber ist er ganz froh. In Probeläufen – 300 bis 600 Exemplare Ausschuss – müssen er und sein Kollege die Anteile von Farbe und Wasser regulieren.

An diesem Morgen kommt eine Seite zunächst blau verschmiert aus dem Koloss, es fehlte Wasser. Nach etwa anderthalb Stunden sind alle Vorbereitungen abgeschlossen, die

Auflage, 100 000 Exemplare, rattert in einer Stunde durch.

Danach hat Stevenson Zeit für den Besucher. Die Atmosphäre ist herzlich, als seien wir uns schon lange bekannt. Klar, das Druckgewerbe ist hartes Brot, da sollte man den Journalisten eines guten Kunden schon anständig behandeln. Aber Tyrone, scheint's, verstellt sich nicht, er ist überaus zugänglich und geht auch ernsten Themen nicht aus dem Weg. Offensichtlich hat er Freude an seinem Beruf und meint, besser als hier in St. Gallen hätte er es nicht treffen können.

**AUSTRALIEN – WINTERTHUR.** Das will schon was heissen. Denn der Mann ist viel rumgekommen. Geboren ist er in Australien, hat dort die Lehre als Drucker gemacht und ein paar Jahre gearbeitet. Vor knapp 20 Jahren brach er dann auf, um sich in Europa umzusehen. Es gefiel ihm sehr. Zurück in Australien las er die Anzeige einer Winterthurer Druckerei. Sie suchte für ihre letzten zwei Jahre noch einen neuen Drucker, fand aber niemand in der Schweiz oder im benachbarten Ausland, der sich auf den befristeten Job einlassen wollte. So bewarb sich der Mann aus dem fernen Australien und bekam den Job. Damit begannen 17 Jahre, die der mittlerweile 48jährige hier lebt und dabei «gute und schlechte Firmen» kennenlernte.

**DREI SCHICHTEN.** Ein wichtiges Kriterium ist dabei für ihn die Organisation der Arbeitszeiten. Hier in St. Gallen arbeiten sie in drei Schichten nach einem Jahresplan, der «normalerweise eingehalten» werde. «Das ist gut in dieser Firma, ich war auch mal mehr als zwei Jahre bei Ringier, und sie beka-

men das nicht hin.» Alle drei Wochen habe er sechs Tage hintereinander Nachtschicht. Darauf könne er sich mit seiner Familie einstellen, er ist inzwischen verheiratet und hat eine fünfjährige Tochter. Und nicht zuletzt gibt ihm die Regelmässigkeit der Nachtschichten auch finanzielle

Sicherheit. «Denn nachts verdienen wir unser Geld.» Australien jedenfalls, die Traumdestination für viele von uns, locke ihn nicht mehr zurück. Er will, «solange es überhaupt geht, in dieser megaschönen Schweiz bleiben». Solange es geht – bei aller Gelassenheit macht er sich doch Sorgen um seine berufliche Zukunft. Drucker, sagt Stevenson, sei «ein sterbender Beruf». Sicher ist, dass die Zahl der Drucker abnimmt.

**STERBENDER BERUF?** Stevensons Gewerkschaft Syndicom hat errechnet, dass in den nächsten 12 Jahren doppelt so viele in Pension gehen, wie Junge neu in die Branche kommen. Dennoch ist Stevenson überzeugt, dass trotz aller technischen Entwicklung der Ausbildungsberuf Drucker nicht ganz verschwinden wird: «Wenn du es gelernt und eine Zeitlang im Beruf Erfahrungen gesammelt hast, weisst du genau, worum es geht. Dann wirst du auch mit der technischen Entwicklung Schritt halten und nötigenfalls einen anderen Job in der grafischen Industrie machen können.»

## Neue Firma, neuer GAV

Die Aargauer AZ-Medien und die NZZ-Regionalzeitungen landen in einem Topf. Am 1. Oktober startet das gemeinsame Unternehmen «CH-Medien». Tyrone Stevenson fragt sich, was dann aus der St. Galler NZZ-Druckerei werde, in der er arbeitet. Sie bleibe bestehen, heisst es seitens der Zürcher. Doch Stevenson traut dem Frieden nicht. Die Aargauer hätten eine riesige moderne Maschine, die von nur noch einem Drucker bedient werde. Und sie planten bereits einen weiteren Ausbau ihrer Kapazitäten.

**KÜRZUNGEN.** Noch grössere Sorge bereitet ihm der zum Jahresende auslaufende GAV der grafischen Industrie. Ihr Unternehmerverband Viscom fordert jetzt einschneidende Kürzungen der Nachzuschläge (50 statt 70 Prozent) und längere Arbeitszeiten von generell 42 statt 40 Stunden. Schon die Kürzung der Nachzuschläge sei «eine Katastrophe», sagt Tyrone. «Wenn das durchkommt, reicht es für mich nicht mehr. Ich müsste mir dann wohl einen anderen Job suchen.»



**HIER WIRD WORK GEDRUCKT:** Tyrone Stevenson kontrolliert die Druckqualität und legt selbst Hand an, wenn die Mischung aus Farbe und Wasser nicht stimmt.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadinciau@workzeitung.ch](mailto:patriciadinciau@workzeitung.ch); Sabine Reber, [sabinereber@workzeitung.ch](mailto:sabinereber@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), [annesophiezbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiezbinden@workzeitung.ch) **Mitarbeiter an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Tom Hänsel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 89 669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.